

Volkswacht

für Silesien • Organ für die werktätige Arbeit



Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Furtstraße 4/6, Mathiasstraße 100, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.32 Reichsmark + 8 Pfennig Trägerlohn = 0.43 Reichsmark, monatlich 1.55 Reichsmark + 33 Pfennig Trägerlohn = 1.90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2.26 Reichsmark.

Anzeigerpreis: Je Millimeter 1.00 Pf. Familienanzeiger 0.75 Pf. Kleinanzeigen 0.50 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr abgegeben werden. — Fernsprechnummer: 217 37 und 217 39, Redaktion Nr. 217 38. Postfachkonto: Breslau 5852. Druck: 10 bis 12, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf. Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn sie beschriftet sind. Einzelnummer 10 Pf.

13. Jahrgang Donnerstag, den 29. September 1932 Nr. 229

Staatskommissar verlegt erneut die Verfassung

Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtags protestiert aufs schärfste

Die neuen Machthaber in Preußen aufs schwerste bloßgestellt

Der Polizei-Untersuchungs-Ausschuss des Preussischen Landtages beschäftigte sich am Mittwoch mit der polizeilichen Hausdurchsuchung in den Räumen der kommunistischen Reichstagsfraktion.

In der Nacht nach der Reichstagsauflösung drangen trotz des Widerstands des Direktors des Reichstages auf höheren Befehl Polizeibeamte in das Parlament ein. Sie öffneten die Fraktionszimmer der KPD, um dort nach Bomben und Sprengstoffen zu suchen. Gleichzeitig wurden alle Tische und Schubladen der kommunistischen Abgeordneten durchsucht und Schriftstücke sowie Bücher beschlagnahmt. Wegen dieser unbefugten Handlungen und Verletzung der parlamentarischen Immunität wurde seinerzeit von dem verantwortlichen Berliner Polizeipräsidenten Melcher sofort Rechenschaft verlangt. Allerdings vergeblich.

Als der Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtages am Mittwoch seine Arbeit begann, ließ der preussische Staatskommissar die Erklärung abgeben, daß er den gesandenen Polizeibeamten keine Auslass-Genehmigung erteilen könne, weil dadurch die Methoden der Polizei zur Bekämpfung staatsfeindlicher Bewegungen verraten und bloßgestellt werden könnten. Gleichzeitig ließ der Staatskommissar jedoch versprechen, er werde in Zukunft die Verletzung der Immunität bestrafen, das polizeiliche Vorgehen im Parlament nur mit Zustimmung des Parlamentspräsidenten vorgenommen werden können. Die nächtliche Aktion im Reichstag sei durch vertrauenswürdiges Mitteilungs der Art erfolgt, daß Kommunisten im Reichstag Bomben gelegt hätten.

Sowohl der Berichtsjahr des Ausschusses, der Abg. Müller-Salle (Soz.) wie der sozialdemokratische Berichtsjahr Dr. Hamburger bekreiten dem Staatskommissar das Recht, die Polizeibeamten an der Zeugenpflicht zu hindern und damit zugleich die Arbeit des Ausschusses zu erschweren. Wenn es sich für die Nazis darum handele, zu verhindern, daß die abgesetzten preussischen Minister bloßgestellt werden, die der Staatskommissar den Polizeibeamten die Auslage, wie im Fall der Stagerat-Unruhen. Die Polizeibeamten dürften aber nicht ausfragen, wenn die Methoden der jetzigen Machthaber bloßgestellt werden könnten! Diesen Erklärungen des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Hamburger schlossen sich die Kommunisten vollinhaltlich an. Nazi-Freierler donnerte dann gegen den „Verfassungsbruch“ und gegen die Verfassungsverletzungen durch den Staatskommissar. Nur die Deutschnationalen waren mit dem Staatskommissar wieder einmal einverstanden. Sie werden wissen warum.

In der Zeugenvernehmung schildert der Direktor des Reichstages die Vorgänge. Zuerst seien die Beamten die Keller gegangen. Als die Polizei auch in den kommunikativen Fraktionszimmern Untersuchungen anstellte, habe er darum ersucht, sich doch nur auf die Ermittlung von angeblichen Sprengstoffen zu beschränken.

Von dem Polizei-Offizier von Werder sei ihm ausdrücklich mitgeteilt worden, daß der Polizeipräsident den Auftrag zur Durchsuchung des Reichstages gegeben habe.

Eine Bescheinigung darüber, was beschlagnahmt gewesen sei, habe er weder gefordert noch erhalten. Die Durchsuchung habe lediglich auf sämtliche Kellerräume sowie auf einige Zimmer der kommunistischen Fraktion beschränkt.

Reichstagspräsident Goering erklärte, daß ihn der Polizeipräsident, wenn er gewollt hätte, sehr leicht telefonisch hätte erreichen können. Er bezweifle, daß das Polizeipräsidentium auch nur den Versuch gemacht habe, ihn zu erreichen. Der Polizeipräsident Melcher behauptete, von der ganzen Aktion Werder nichts gewußt zu haben.

Der Hausinspektor des Reichstages gibt eine lebhaft Schilderung, wie ihn um 11 Uhr nachts zuerst ein „General Everin“ angerufen habe, ob im Reichstag alles in Ordnung sei und wie ihn später die Polizei aus dem Bett geholt habe mit dem Rufe: „Bomben mit Zeitsünder“ seien gelegt.

Die Vernehmungen werden dann durch folgende Mitteilung des sozialdemokratischen Berichtsjahrers Müller-Salle unterbrochen: „Ich bekomme jedoch ein Stück Papier vom Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungserleger mit der Überschrift: Politische Polizei bekommt nie Auslass-Genehmigung.“ Der Berichtsjahrer verweist diese für die Presse bestimmte Nachricht und gibt hinzu: „Es ist interessant, daß der über Nacht zum Ministerialdirektor beförderte Dr. Schübe, der Vertreter des Reichstagskommissars, unsere Verhandlungen verlassen hat, ohne dem Vorsitzenden oder mir Mitteilung davon zu machen, und daß er statt direkter Mitteilung an uns es vorgezogen hat, eine Darstellung des Standpunktes, den man gegenüber unserer Verhandlungen einnimmt, dem Nachrichtenbüro zuzuleiten.“

Diese Mitteilung möchte ich beinahe als bewachte Zerkünderung der Öffentlichkeit bezeichnen. Es handelt sich hier um einen ganz schweren Verfassungsbruch und der Untersuchungsausschuss hat nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, solchen Dingen auf den Grund zu gehen.

Die Fraktionen werden sich überlegen müssen, ob der Ausschuss nun nicht auch seine Auffassung zu dem Vorgehen des Reichstagskommissars der Öffentlichkeit mitteilen muß.“

Als schließlich die Polizeibeamten aufgerufen wurden, erklärten sie, nicht ausfragen zu dürfen. Der Ausschuss nahm deshalb eine Entschuldigungs-Antrag, in der das Verhalten des Staatskommissars in den schärfsten Worten verurteilt wird. — Die Verhandlungen werden am Donnerstag fortgesetzt.

Endlich Termin!

Im Verfassungskreis Preußen — Reich. Drei Anträge Preußens. In dem Verfassungskreis Preußen — Reich ist nunmehr vom Staatsgerichtshof Termin auf den 10. Oktober, vormittags 10 Uhr, angesetzt worden.

Neurath zerfährt weiter Borzellan

Er verläßt Genf, ohne mit Herriot zu sprechen

Offenbar auf Veranlassung des Reichskanzlers in Berlin

Stärkstes Befremden bei den übrigen Delegationen

Genf, 28. September. (Eig. Drahtb.)

Der deutsche Außenminister hat Genf am Mittwochabend nach wiederholten telefonischen Besprechungen mit Berlin verlassen, nachdem ihm bekannt war, daß Herriot in der Donnerstag-Sitzung der Völkerverammlung des Völkerbundes sprechen wird. Angeblich wird Herr von Neurath für die bevorstehende Kabinettsitzung dringend benötigt. Seine Genfer Vertretung hat der frühere Reichsaussenminister von Rosen berg, gerade kein diplomatisches Genie, übernommen.

Die Abreise des Außenministers vor der Generaldebatte hat bei den übrigen Delegationen stärkstes Befremden hervorgerufen. Von französischer Seite wird darauf aufmerksam gemacht, daß der deutschen Delegation die bevorstehende Rede Herriots ausführlich mitgeteilt worden sei. Es hätte sich nach dieser Rede vielleicht eine Möglichkeit zu einer ersten persönlichen Verhandlung zwischen Herriot und Neurath geboten.

Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Arthur Henderson, ist am Mittwochabend nach London abgereist. Im Laufe des Tages hatte er wieder Besprechungen mit Neurath, Mussolini, Italien, Symans-Belgien, Madariaga-Spanien und mit Benesch, dem Wortführer der Kleinen Entente. In einem Kommuniqué erklärt Henderson, er hoffe, daß vor seiner Rückkehr zur nächsten Sitzung am 10. Oktober hinreichende Fortschritte gemacht sein würden, die ihm gestattet könnten, dem Büro in seiner ersten Sitzung einen Bericht vorzulegen und die Prozedur für die Behandlung der Sicherheit und Gleichberechtigung aufzustellen. Diese Äußerung wird dahin ausgelegt, daß zwischen England, Frankreich und Italien ein gemeinsamer Plan vorbereitet werde, in dem Abrüstung und Anerkennung der Gleichberechtigung schrittweise in ein festes Verhältnis zum Wachsen der Sicherheitsorganisation

Die preussische Regierung Braun hat inzwischen drei Anträge an den Staatsgerichtshof gerichtet. Der erste begehrt die Feststellung, daß die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen mit so weitgehenden Befugnissen wie die Abberufung der preussischen Staatsminister, die Jurisdiktionsverteilung von Beamten und den Eingriff in die Reichsratsverwaltung verfassungswidrig ist. Der zweite Antrag, der im wesentlichen mit dem von Kanerz und Zabea in ihren Sonderklagen gestellten Anträgen übereinstimmt, wünscht eine Entscheidung darüber, daß gewisse Maßnahmen der Reichsregierung unter allen Umständen über die Befugnisse aus Artikel 48 der Reichsverfassung hinausgehen, und zwar selbst dann, wenn die zur Rechtfertigung behaupteten Tatsachen zuträfen. Der dritte Antrag wünscht eine Feststellung darüber, daß die vom Reich gegen Preußen erhobenen Vorwürfe nicht berechtigt sind.

Gegen die Nazivillfür in Anhalt

Die sozialdemokratische Fraktion des Anhaltischen Landtages hat beschlossen, gegen den nationalsozialistischen Ministerpräsidenten von Anhalt in zwei Fällen den Staatsgerichtshof anzurufen. Einmal erblickt die Fraktion in einem Erlass Freybergs den Versuch, die politische Kasse in die Schule zu tragen, was dem Artikel 148 Absatz 2 der Reichsverfassung widerspricht, und ferner wird der Staatsgerichtshof angerufen, weil durch die von der Regierung Freybergs vorgenommene Maßregelung politischer Beamter mehrmals gegen die wohl erworbenen Rechte der Beamten verstoßen wurde.

gebracht werden sollen. Dieser Vorschlag soll der Papens Regierung bald übermittelt werden.

Paris, 29. September. (Eigener Funterbericht.)

Der „Matin“ sagt zu der Abreise des Reichsaussenministers von Genf, daß die Barons-Regierung allem Anschein nach entschlossen sei, den Völkerbund nunmehr genau so zu behandeln wie den Deutschen Reichstag. Das Blatt knüpft an diese Vermutung eine scharfe Kritik.

Paris, 28. September. (Eigener Drahtbericht.)

Herriot wird am Donnerstag in der Völkerverammlung das Wort nehmen. Der Genfer Korrespondent des „Temps“ teilt über Herriots Absicht folgendes mit: Der Ministerpräsident werde sich nicht vor der Versammlung auf eine Polemik einlassen. Er werde sich lieber in indirekter Form auf das Innenwiew des Reichskanzlers anzuwenden. Zunächst werde er ein Glaubensbekenntnis zum Völkerbund ablegen, auf den die französische Regierung ihre Außenpolitik aufbaue. Der Ministerpräsident werde auch auf die Notwendigkeit einer internationalen Zusammenarbeit sowie auf die große und unbestreitbare Möglichkeit des Völkerbundes hinweisen, der schon schwierigere Perioden durchgemacht und sie stets überwunden habe. Auf das Abrüstungsproblem und die Schwierigkeiten, die sich aus der Abwesenheit Deutschlands von der Konferenz ergeben, werde er nicht eingehen, da diese Fragen nicht auf der Tagesordnung ständen. Der wesentliche Teil der Rede Herriots werde sich mit der Wirtschaftslage beschäftigen. Der Ministerpräsident werde die günstigen Ergebnisse der Konferenz von Stresa unterstreichen und von der Bedeutung der Weltwirtschafts-Konferenz sprechen.

Angst der Reaktion vor freien Geistes

Nazis und Deutschnationale verlangen Verbot des Freidenkerverbandes

Im Hauptauschuss des Preussischen Landtages wurde ein nationalsozialistischer Antrag, den „Deutschen Freidenkerverband“ zu verbieten, mit neun gegen sieben Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Die meisten Kommunisten fehlten bei der Abstimmung.

Die Deutschnationalen unterstützten den Antrag mit der Begründung, mit seiner Klagen-Zerschüttung sei der „Freidenker-Verband“ viel gefährlicher als die Satulien-Organisationen der Kommunisten. Das preussische Kultusministerium ließ erklären, die Regierung sehe keinen Anlaß zu einem Verbot

und einzelne Verbände von Mitgliedern oder Ortsgruppen könnten dem Gesamtverband nicht zur Last gelegt werden.

Beachtenswert war die Haltung des Zentrums. Seine Sprecher mahnten zur Toleranz, und ein Zentrumsgesandter fügte hinzu, daß der Staat keinesfalls das geeignete Instrument sei, dem Menschen die Gläubigkeit zwangsweise beizubringen. Er habe nur die Pflicht, Auswüchse in der Propaganda zu bekämpfen. Sollte später wirklich einmal die Kirche terrorisiert werden, so wolle er lieber unter dem Terror leiden, als jetzt sein Gewissen durch Intoleranz belasten.

Bei der Abstimmung beteiligte sich das Zentrum nicht.

Kabinettsfrise in England

Drei Kabinettsmitglieder, sieben sonstige Minister zurückgetreten Macdonald bleibt — Rechtsliberale bleiben Verstärkung der konservativen Mehrheit des Kabinetts

London, 28. September. (Eigener Drahtbericht.)

Am Mittwoch haben Lord Snowden (Vordsteher der Finanzen), Sir Herbert Samuel (Sicherheitsminister) und Sir A. Sinclair (Staatssekretär für Schottland) ihre Ministerämter zur Verfügung gestellt. Mit ihnen treten sieben Minister aus der Regierung aus, die nicht im Kabinett sitzen.

Snowden hat in einem scharfen Brief an den Premierminister die Gründe für seinen Austritt dargelegt. Er erklärt, daß von dem Augenblick an, an dem er über die Vereinbarungen von Ottawa unterrichtet worden sei, sein Entschluß zum Rücktritt festgestanden habe. Die Verhandlungen der Empirekonferenz rauten dem englischen Parlament auf Jahre hinaus die Souveränität über gewisse Zollbestimmungen. Macdonald sei entgegen seinen Versprechungen vor einem Jahre völlig in das Schlepptau der Konservativen geraten. Die liberalen Minister erklären ebenfalls schriftlich, man hätte mit der Festlegung der Vereinbarungen von Ottawa mindestens bis nach der Weltwirtschaftskonferenz warten müssen. Die liberalen Mitglieder der Regierung hätten immer wieder ihre Wünsche und Vorstellungen hinter den Gedanken der nationalen Regierung zurückgestellt. Sie hätten gedacht, daß es nicht unbillig sei zu erwarten, wenn nun die Konservativen im Interesse derselben Sache zum erstenmal ein Opfer bräuchten. Da die Konservativen sich dazu aber nicht hätten verstehen können, bliebe kein anderer Weg als der Rücktritt. Die Gruppe Samuel werde die

Regierung jedoch weiter unterstützen bei der Fortführung der bisherigen Indienpolitik, gegenüber dem Völkerbund und in Ausführung des Paktes von Paris.

Wer die Nachfolge der zurückgetretenen Minister antreten wird, steht noch nicht fest. Der in dem Kabinett verbleibende liberale Splitter um Simon mandoriert um die Stärkung seiner Stellung innerhalb der Regierung. Wahrscheinlich aber wird die Regierung Macdonald jetzt noch stärker als bisher unter konservativen Einfluß geraten.

London, 29. September. (Eigener Funkenbericht.)

Als Nachfolger der zurückgetretenen Kabinettsminister sind noch am Mittwochabend zwei Konservative und ein Rechtsliberaler ernannt worden.

Macdonald gab am Mittwochabend zugleich im Namen der noch in seinem Kabinett sitzenden ehemaligen Arbeitsminister eine Erklärung ab, in der es heißt:

Wir haben vor zwölf Monaten beschlossen, alle gewöhnlichen Parteinteressen außer acht zu lassen und dieser Entschluß besteht auch heute noch. Unsere Aufgabe ist noch nicht erfüllt und kann nicht erfüllt werden, bis man nicht so oder so zu einer Verständigung über Reparationen und Schulden gelangt ist. Wir werden unsere Bemühungen fortsetzen, bis sie erfüllt sind. Erwägungen parteipolitischen Natur würden unseren Einfluß im Lande und in der Welt schwächen und würden die gegenwärtige Bewegung zugunsten eines Wiederaufbaues der Weltwirtschaft schädigen.

Nazis erpressen Hitlererehrungen

Nur die Gemeinden, die Hitler zum Ehrenbürger machen, erhalten Kredite

Wie die stolzen Ernennungen Hitlers zum Dorf-Ehrenbürgermeister erhoben und erpreßt werden, zeigt ein Nazi-Kundtschreiben, das der „Nazi-Vote“ am 22. September veröffentlichten konnte.

Dieses Kundtschreiben ist von der Kreisleitung Unter-Taunus der Nazi-Partei an die Bürgermeister der Unter-Taunus-Gemeinden gerichtet worden. Die Bürgermeister werden darin aufgefordert, eine Sitzung der Gemeindevorstände einzuberufen, um Herrn Reichsrat Hitler zum Ehrenbürger ihres Ortes zu ernennen. Als Gegengabe werden der Gemeinde Kredite und öffentliche Gelder „auch für die Bauern, Handwerker und die übrigen Volksgenossen“ versprochen. Wörtlich heißt es dann: „Es liegt also im Interesse sowohl Ihrer Gemeinde wie auch der Gemeindevorstände, die Ehrenbürgererschaft recht bald durchzuführen. Falls Sie bei der augenblicklichen Zusammenlegung der Gemeindevorstände Bedenken haben, daß der An-

trag nicht durchgeht und Sie deshalb von einer Abkündigung über den Antrag absehen wollen, so möchte ich Ihnen sagen, daß es uns nicht nur daran gelegen ist, die Ehrenbürgererschaft um ihrer selbst willen durchzuführen, daß Adolf Hitler etwa einstimmig zum Ehrenbürger ernannt wird, da aus den Protokollen ohne weiteres ersichtlich ist, wer gegen den Antrag gestimmt hat. Dies ist für die kommende Gemeinderatswahl im Unter-Taunuskreis äußerst wichtig. Sobald über den Antrag abgestimmt worden ist, bitten wir eine Abschrift des Protokolls nach hier zu haben.

So soll sie also gedrückt werden, die Ehrenbürgererschaft für Herrn Hitler! Mit falschen Versprechungen, lägerischen Verheißungen und Terror! Viel anders hat sich der Dorf-Ehrenbürger auch nicht das deutsche Bürgerrecht und den Titel eines Regierungsrates erwirkt. Und so was nennt sich treu deutsch und will das Vaterland „erneuern“!

Röhm überführt

Der Empfänger der Röhm-Briefe bestätigt unter Eid, daß die schweimischen Briefe Röhm's echt sind

Am Mittwoch wurde vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte in einer Privatklage der Berliner Arzt Dr. Heimsoth, der Empfänger der bekannten Röhm-Briefe, als Zeuge vernommen.

Heimsoth bestätigte unter Eid, daß die seinerzeit auf Veranlassung der Münchener Staatsanwaltschaft bei ihm beschlagnahmten und später ver-

öffentlichten Briefe von dem Hauptmann Röhm stammen.

Heimsoth gab zugleich seiner Bewunderung darüber Ausdruck, daß auch nur einen Augenblick versucht worden ist, diese Briefe abzutreten oder sie gar als Fälschung zu bezeichnen.

Bestritten hat die Echtheit der Briefe kein anderer als Röhm — bis er schließlich nichts mehr bestritten konnte.

Imán Kampf um Marokko

Roman von Ramon J. Sender

Berechtigter Uebersetzung

aus dem Spanischen von G. S. Neundorff

21] (Nachdruck verboten.)

Zwei Schiffe. Die Verstärkungen springen auf und eilen an ihre Plätze. Unteroffiziere mit Patronenpatieten laufen hin und her. Das Maschinengewehr fängt das Borland. Es geht los. Die Feldwache haben es verstanden: „Wenn wir die Kohlen heute nacht noch mal zurückschlagen, kommt morgen der Transport rein.“ Das Feuer wird heftiger; draußen schlagen sie schneller als wir, in die Feuerpausen hängt das Rauchen von Dumdums. Die Zerstörer sind von Schüssen durchsiebt, überall hängen die Flaggen herunter. Die Kohlen gehen Salben ab. Rauch unterer eigener Schiffe und Sand, der aus den durchlöchernten Säcken aufliegt, legen einen dicken Nebel über den Wallgraben. Eine dunkle Gestalt verläßt ihren Platz, wirft das Gewehr weg und geht brummend an Bianca vorbei; Bianca fragt: „Wohin?“

„Was? — Worauf wartest du, Mensch? — Sie werden gleich dein sein; mir haben sie 'ne Klamotte an den Kopf geschmissen.“

Er zeigt nach dem Hals, unterhalb des Ohres, geht nach dem Abdruck der Eingeborenenpolizei hinüber. Schimpft wird vor sich hin und krüzt vornüber auf die harte Erde. Ein Unteroffizier hebt sein Gewehr auf und lehnt es gegen den Schenkel eines Jettles. Die Maschinengewehre feuern unaufrichtig; hart der zwei Geschütze, die Maschinelle abgeben, scheinen jetzt vier da zu sein. Mehrere Unteroffiziere laufen herbei und geben Zeichen: „Auf! Umhauen! Habt ihr eure vier Pakete Personen? — Es, Bianca, hier sind welche!“

Man verständigt sich schweigend mit überraschender Schnelligkeit. Unter Führung eines Offiziers und zweier Feldwachen eilen Verstärkungen herbei. Ein Mann taumelt. „Mensch, ins Gesicht!“ Der Soldat reißt sich zusammen, ein Unteroffizier nimmt ihm das Gewehr aus der Hand und schnallt ihm das Koppel ab: „Mensch — geh ins Bett, du kannst nicht mehr!“ Er hat einen Schuß weg. Ein anderer Offizier verteilt eine Schützengruppe auf die günstigsten Punkte des Polizeischnitts. Draußen

schießen sie jetzt ebenfalls mit Maschinengewehren. Gerücht: Der Kommandant ist gefallen! Sicher ist, daß die feindlichen Geschütze im Wall eine Lücke gerissen haben, und daß unsere Geschütze jetzt auf noch geringere Entfernung feuern. Auch unsere Maschinengewehre geben rasendes Schnellfeuer ab; die leeren Patronenhüllen klirren zu Boden, daß man es durch das Geräusch deutlich hören kann.

Ein Feldwache kommt. „Was ist los? Seid ihr verwundet?“

„Nein.“

„Was macht ihr hier?“

Die Leute, die bisher im Wallgraben hockten und warteten, erheben sich. Wer hat angeordnet, daß sie hier sitzen bleiben sollen? Sie wissen es nicht mehr. Bianca schießt mit seinem gewöhnlichen Gesichtsausdruck das Gewehr zwischen zwei Säcke, reißt den Deckel von einem Patronenpaket, wirft ihn auf die Erde, reißt ins Borland und wartet. Es ist Mitternacht. Hinter sich hört er: „Maram schießen sie drüben nicht?“ Seit zwei Stunden schweigen die Geschütze von Annual; niemand will sich eingestehen, daß die Kohlen bei einem der letzten Angriffe das Lager genommen haben könnten. Bianca sagt laut: „Und dabei soll morgen der Transport kommen!“

Wieder geht der Feldwache vorüber; er gibt an: „Der vor-

derste Graben ist leer; nicht hinschießen!“

Aber die Kohlen schießen in den Verbindungsgräben, die in leichten Krümmungen festrecht auf den Hauptgraben zulaufen, nach vorn. Man kann es genau sehen. Die Maschinengewehre speien geschlossene Garben in diese Richtung. Endlich begrüßt das Artilleriefeuer in Annual von neuem. Die erste Granate — zu weit! — schlägt nahe vor unserer Stellung ein und zertrübt drei Meter Draht; die Enden hängen in der Luft und klirren wie Gitarrelaiten. In den feindlichen Gräben flammst Salvenfeuer auf; Bianca spürt die harten Schläge der Geschütze an den Sandländen und ihr Pfeifen, wenn sie über ihn hinwegfliegen. Plötzlich hört er unaufrichtig am Gewehrlauf einen Laut, wie wenn ein Stück Tuch zerfällt wird. „Sie lernen!“ Neuer Befehl: „Dritte Kompanie! — Was macht ihr hier? Hinsitzen und warten?“

Bianca Rebenmann spuckt Blut, natürlich aus dem Zahnfleisch. Bianca sieht ihn an. Er hat einen vergeisterten Gesichtsausdruck, der dramatisch wirken müßte, wenn ihn die tiefsten Ohren nicht so weit vom Kopfe abhänden. So macht er einen jammervollen Eindruck. Er setzt zum Sprechen an, bringt aber keinen Ton heraus. Bianca tritt heran. Der Mann sagt ihm beim An- und spricht nun mit erhöhter Stimme; der Atem brant

Die Auslegung der Wählerliste

Der Reichsminister des Innern hat durch Verfügung bestimmt, daß die Stimmlisten und Stimmzettel vom 16. bis 23. Oktober auszulegen sind. Auf den großen Bahnhöfen und Uebergangsstationen sowie in großen Geschäften wird, wie bei der letzten Reichstagswahl, Gelegenheit zur Stimmabgabe geboten werden. Die Landesregierungen sind durch Rundschreiben gebeten worden, alle Maßnahmen zur Durchführung der Reichstagswahl in die Wege zu leiten und die Gemeinde- und Verwaltungsbehörden mit entsprechender Weisung zu versehen.

Bracht berichtigt sich

Flüchtige Arbeit der neuen „Staatsführung“

Am Mittwoch haben die gegenwärtigen Reichshaber Preußen der Öffentlichkeit eine Berichtigung der Verordnungen über die Neugliederung von Landkreisen unterbreitet. Auf nicht weniger als vier Stellen in den letzten Reichstagsbeschlüssen sind die Herren der neuen Staatsführung durch kürzlich erlassene Verordnungen zur Neugliederung von Landkreisen. Die Berichtigung ist fast so umfangreich wie die Verordnung, die von ihr betroffen wird. Es handelt sich um Hauptstädte um Grenzänderungen und Grenzberichtigungen. Sie wurden notwendig, weil die erste Verordnung nicht mit der erforderlichen Gründlichkeit fertig gestellt und von oben dekretiert wurde. Die Zeit, mit der das Papen-System auch bei der Neugliederung von Landkreisen zu glänzen suchte, ging wie so oft bei diesem System wieder auf Kosten der Korrektheit.

„Neue Staatsführung“

Keine Gemeinde-Wahlen!

Staatsrat erhebt Einspruch

Der Gemeindevorstand des Preussischen Staatsrats beschloß am Mittwoch mit allen Stimmen gegen die Stimmen der Kommunisten, gegen die vom Preussischen Landtag angenommene Gesetz zur Neuwahl der Gemeindeparlamente am 6. November Einspruch zu erheben. Das Plenum des Preussischen Staatsrats wird am Donnerstag die Stellung einnehmen. Mit einer Auslösung der preussischen Gemeindeparlamente ist deshalb nicht zu rechnen, weil der Landtag seinen einmal gefassten Beschluß nur durchführen könnte, wenn er ihn mit Zweidrittelmehrheit wiederholen würde. Eine Zweidrittelmehrheit ist für den Beschluß, der von Nationalsozialisten und Kommunisten gefaßt wurde, jedoch nicht vorhanden.

Die Nazis haben Angst

Braunschweig, 28. September. (Eig. Drahtbericht.)

Die braunschweigischen Nationalsozialisten besürchten eine teilsche Absturz ihrer Wahlsieger. Da ihnen bekannt ist, daß die Katastrophe um so größer ist, je länger die Wahl stattfindet, haben sie jetzt in Braunschweig einen Antrag auf Auflösung des Landtags gestellt. Neuwahlen sollen am 6. November stattfinden.

Die braunschweigische Sozialdemokratie lehnt den Antrag ab. Seine Ablehnung ist damit höher, weil zu seiner Annahme eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist.

Tagung der SA.

Völlige Uebereinstimmung in der Frage der Ubrückung

Das erweiterte Büro der Sozialistischen Arbeiter-Internationale hat am 27. und 28. September in Zürich eine Tagung abgehalten. Es waren anwesend: Brodère und Bonderbe (Belgien), Breitheid, Crispin, Hilderling und Wels (Deutschland), Blum, Grumbach, Longue und Renaudel (Frankreich), Compton und Gillies (Großbritannien), Albarda (Holland), Modigliani (Italien), Bauer (Österreich), Liebermann (Polen), Abramowitsch (Ruhland), Soukup und Winter (Tschechoslowakei), Grimm (Schweiz) sowie van Rosbroek als Kassierer und Adler als Sekretär.

Das Büro nahm einen Bericht des Sekretariats über die internationale Lage entgegen. Es kam zu einer völligen Uebereinstimmung über jene Gesichtspunkte, nach denen die Aktion der SA in Verbindung mit dem ICS gegen die Aufrüstung und für die allgemeine Abrüstung, die allgemeinen Kontrollregeln unterworfen sein soll, fortgesetzt werden wird.

Das Büro beschloß ferner nach eingehender Debatte, die Exekutive vorzuschlagen, die Einberufung einer internationalen sozialistischen Konferenz in Aussicht zu nehmen, die die Fragen der Methode des Kampfes der Arbeiterklasse um die Macht und die gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse behandeln soll. Schließlich behandelte das Büro eine Reihe organisatorischer Fragen.

und kommt in trockenen Stößen: „Kamerad, hier ist was gefällig!“ Denkt dran, was ich dir sage! Hier ist was gefällig! Dann schweig er. Seine rechte Wange ist blaurot. Er zeigt auf das Gewehr, das er am Riemen hinter sich herzieht, um sich nicht zu verbrennen. „Bei dem Tempo geht der Lauf bald wie'n Stück Butter auseinander!“

Die Maschinengewehre rufen immer noch. Wo kriegen sie die vielen Patronen her? Mindestens zwei Zentner Hülsen liegen auf der Erde. Der Führer kommt mit einem Krug in der Hand: „Mal schiffen, wer Lust hat!“

Er braucht Kühlwasser für die Rückstoßrohre. Bianca beobachtet den Offizier. Jetzt sehen die Offiziere auf einmal im einfachen Mann nicht nur ihresgleichen, sondern ein überlegenem Wesen: nüchtern und opernetzig! Der einfache Mann behält ruhig Blut und wartet geduldig, bis er ein Ziel für seine Patronen hat. Kommt aber mal zum Beispiel der Arzt in den Wallgraben, so lehnt er sich über die Brustwehr und verknallt ein paar Labeteufeln ins Blaue. Der einfache Mann denkt jetzt nicht an Wasser; denn es gibt feins. An den Transport, der morgen kommen soll, denkt er ebenfalls nicht. Wenn er getroffen wird, sagt er, sie hätten ihm eine Klamotte an den Kopf geschmissen; fällt er, so glaubt er, er sei gestolpert. Das wissen die Offiziere genau und geben es den Leuten in solchen Augenblicken durch schweigende Bewunderung deutlich zu verstehen. Bianca will nicht bemundert werden und wehrt sich innerlich dagegen. Warum dringt die Vernunft so spät durch? Warum haben sie ihn erst moralisch zertrampelt und ihm die Fähigkeit abgesprochen, selbständig zu denken? Warum haben sie ihn zu einer Sache gemacht, die man in jeder Zeitschrift verewigt und immer fuhrtrittberühmt in der Nähe hält? „Ja, verdammt! Wenn sie immer so wären!“ Erst in der Todesstunde werden sie müde!

In Annual schießen sie heftiger und treffen besser; die Einschläge gehen durch Herz und Bein, als rissen sie einem die Kleider vom Leibe. Unsere Geschütze schweigen. Der Offizier der Maschinengewehrabteilung lehrt mit dem vollen Krug zurück, auf dieser Seite des Wallgrabens hat er genug bekommen. Die Unteroffiziere ordnen an, daß keiner auf die Erde harnt, sondern auf einen Teller oder in die Feldflasche. Die Leute am Wall sollen einen Krug von den Maschinengewehren verlangen. Wer es nicht tut, wird bestraft. (1) Unteroffiziere schleppen Munitionskisten heran, im Wallgraben häufen sich Handgranaten zum Kahlkampf. Die Artillerie in Annual arbeitet immer noch. (Fortsetzung folgt.)

Lügen haben kurze Beine

Die Nazis möchten die Meldungen über ihre Finanznot ableugnen
Die Tatsachen widerlegen diese Ableugnungen

Zu unserer gestrigen Meldung, daß die Großdeutsche Handels-
gesellschaft m. b. H., Amtliche Auslieferungsstelle der Reichs-
zeugmeisterei der NSDAP in Berlin, bei ihren Lieferanten um
einen dreimonatigen Zahlungsaußschub gebeten hat, weil sie nicht zahlen kann, erhalten wir von dem Zeug-
meister Schlieffen der NSDAP eine Berichtigung, die ungefähr das
Ergebnis an Verneinung enthält, was man sich überhaupt nur vorstellen kann. Da der Zeugmeister für
Schlieffen ohne Vorlegung einer Vollmacht keine Aktion-
legitimation zur Überlegung einer solchen Berichtigung hat und eine solche
Vollmacht der Berichtigung nicht beiliegend, wären wir an sich nicht verpflichtet, die Berichtigung zu bringen.
Wir wollen ihren Hauptinhalt jedoch mitteilen, um zu zeigen, in
welcher Weise bestehende Tatsachen von den Nazis abgeleugnet werden.

Die herliche Berichtigung des Breslauer Nazischreibers be-
streitet zuerst, daß die Großdeutsche Handelsgesellschaft in irgend-
einer Beziehung zur Reichszeugmeisterei stehe. Zur Begründung
dieser unwahren Behauptung wird mitgeteilt, daß der alleinige
Geschäftsführer der Großdeutschen Handelsgesellschaft, Herr Walter
Wolff Bink, unter dem 22. Februar 1932 aus der NSDAP aus-
geschlossen sei und daß der Großdeutschen Handelsgesellschaft durch
Urteil des Landgerichts I in München vom 3. Februar 1932 ver-
boten sei, sich als Auslieferungsstelle der Reichszeugmeisterei zu
bezeichnen. Außerdem wird dann noch bestritten, daß die Reichs-
zeugmeisterei der NSDAP Zahlungsaußschub verlangt habe, was in
unserer Meldung ja auch gar nicht be-
hauptet wurde, weshalb der zweite Teil der Be-
richtigung als völlig gegenstandslos entfällt.

Demgegenüber ist nun folgendes festzustellen:
Dem Berliner Bericht über die Bitte um Zahlungsaußschub
durch die Großdeutsche Handelsgesellschaft, den wir gestern
brachten, liegt ein Originalschreiben zugrunde, das am
22. September 1932, also sieben Monate nach dem Ausschluß des
Herrn Bink aus der NSDAP, und 7 1/2 Monate nach dem Urteil
des Landgerichts I in München, an die Lieferanten der Gesell-
schaft verfaßt worden ist. Im Kopf dieses Briefes
steht deutlich als Absender: Großdeutsche
Handels-Gesellschaft m. b. H., Amtliche Aus-
lieferungsstelle der Reichszeugmeisterei der
NSDAP.

Solange die Nazileitung nicht die Beweise vorlegen
kann, daß sie auf Grund des in der Berichtigung er-
wähnten Urteils des Landgerichts I in München gegen die
Großdeutsche Handelsgesellschaft wegen Mißbrauchs
dieser Bezeichnung vorgegangen ist, muß als feststehend
angenommen werden, daß in der ja recht erheblich
langen Zwischenzeit die Differenzen zwischen der
Großdeutschen Handelsgesellschaft und der Reichs-
zeugmeisterei beseitigt worden sind und daß die
Gesellschaft jetzt wieder die Vollmacht hat, sich als
amtliche Auslieferungsstelle der Reichszeugmeisterei
der NSDAP zu bezeichnen.

Es ist außerordentlich interessant, daß in der uns über-
sandten Berichtigung von einem gerichtlichen
Vorgehen gegen die Handelsgesellschaft wegen
der angelegenen Verletzung des Verbots des
Landgerichts I in München mit keinem Wort die
Rede ist. Damit wird doch anerkannt, daß die Großdeutsche
Handelsgesellschaft eben tatsächlich die Amtliche Auslieferungsstelle
fest wieder ist, mögen auch früher einmal darüber Differenzen
in der NSDAP vorhanden gewesen sein.

Wir müssen das um so mehr annehmen, als wenn die
Reichszeugmeisterei der NSDAP tatsächlich monatelang
hindurch duldet, daß die genannte Großdeutsche Handels-
gesellschaft trotz dieses Verbots ohne Berechtigung diese
Bezeichnung weiter beibehalten hat, die Zeugmeisterei
der NSDAP sich an einem Betrug an den
Lieferanten und Beziehern der Groß-
deutschen Handelsgesellschaft mitschuldig
gemacht hätte.

Denn sowohl Lieferanten wie Kunden der Großdeutschen Handels-
gesellschaft haben doch natürlich in der ganzen Zeit mit der Groß-
deutschen Handelsgesellschaft nur deshalb Geschäfte abgeschlossen,
weil sie der Meinung waren, daß die Großdeutsche Handels-
gesellschaft eben die amtliche Auslieferungsstelle der Reichszeug-
meisterei der NSDAP ist.

Am übrigen aber wird die Berichtigung des Zeugmeisters
für Schlieffen auch Lügen gestreut durch eine Berichtigung,
die die Großdeutsche Handelsgesellschaft selbst in-
zwischen an den "Vorwärts" geschickt hat. In dieser Be-
richtigung wird nämlich von der von unserer Meldung haupt-
sächlich betroffenen Gesellschaft ihrerseits festgestellt, daß die
Großdeutsche Handelsgesellschaft m. b. H. ein Privatunternehmen
ist, das auf Grund eines Vertragsverhältnisses mit der National-
sozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (Reichszeugmeisterei) als
"Amtliche Auslieferungsstelle" Lieferungen an Parteigenossen
auszuführen berechtigt ist.

Allerdings wird dann weiter mitgeteilt, daß über die Be-
richtigung, die Bezeichnung "Amtliche Auslieferungsstelle" zu
führen und über die Vertragsgrundlage seit einiger Zeit zwischen
der Handelsgesellschaft und der Reichszeugmeisterei Meinungs-
verschiedenheiten bestehen. Jedenfalls wird aber damit von den
Beteiligten selbst festgestellt, daß eine vertragliche Abmachung
zwischen der Großdeutschen Handelsgesellschaft und der NSDAP
besteht, mögen auch über einzelne Punkte dieser Abmachung
Meinungsverschiedenheiten vorhanden sein. Gar so arg können
diese Meinungsverschiedenheiten jedoch nicht sein, sonst hätte ja,
wie vorher schon ausgeführt die NSDAP, auf Grund des er-
wähnten Urteils gegen die Großdeutsche Handelsgesellschaft vor-
gehen müssen.

Es zeigt sich also, daß dieses ganze Spiel mit Berich-
tigungen nichts anderes ist als ein Versuch, der Deffen-
sivität Sand in die Augen zu streuen.

Daß die Großdeutsche Handelsgesellschaft die Form einer
privaten Gesellschaft hat, beweist natürlich gar nichts. Jedermann
weiß, daß es sich dabei nur um formale Dinge handelt. Die
tätlichen Betriebe von Dresden z. B. bleiben ja auch deshalb
weiter tätliche Betriebe, obwohl sie seit einiger Zeit die Form
von privaten Gesellschaften haben. Von allen Dingen aber ist
aus der Berichtigung der Großdeutschen Handelsgesellschaft selbst
zu entnehmen, daß weder die Echtheit des vom "Vorwärts" ver-
öffentlichten Schreibens noch die Tatsache der Injanz der
Großdeutschen Handelsgesellschaft bestritten werden kann, daß
beide vielmehr ausdrücklich damit zugestanden werden.

Danach kann sich jeder Leser leicht ein Bild von der wirklichen
Lage der Sache machen.

Daß es bei der NSDAP auch selbst finanziell recht schlecht
steht, beweist folgende Meldung aus Weimar, nach der
ein nationalsozialistischer Abgeordneter des Thüringischen Land-
tages selbst in einer nationalsozialistischen Versammlung in
Kubistadt mitgeteilt hat, daß die Parteifolien der NSDAP
leer seien und die SA teilweise mit leerem Wagen in den
neuen Wahlkampf hineinginge.

Weimar, 28. September. (Eig. Drahtber.)

In einer nationalsozialistischen Versammlung in Kubistadt
bestätigte der gerade aus München zurückgekehrte national-
sozialistische Abgeordnete des Thüringischen Landtages, Wendert,
daß die NSDAP vor der finanziellen Pleite steht.

Wendert erklärte nach dem Bericht der rechtsstehenden
"Kubistadter Zeitung" zunächst, es stehe heute ziemlich
unaussehend fest, daß Hindenburg erklärt habe er beste garnicht
baran, solange er lebe, "diesen Unstehergesellen aus München"
zum Reichslangler zu berufen. Wendert schildert dann die Ver-
gänge vom 13. August, als Hitler von Hindenburg
unter ganz unwürdigen Umständen empfangen
und ebenfalls unwürdig behandelt worden sei.

Abschließend erklärte er: Die Parteifolien der Ortsgruppen
seien leer. Die Kapitalkisten zahlten nichts mehr und die SA
ginge teilweise mit leerem Wagen in den neuen Wahlkampf.

Oesterreich gewinnt das erste Europa-Fußball-Meisterschaftsspiel Deutschland verliert 0:1 (0:1)

Das Rahmenprogramm aus dieser internationalen Er-
veranstaltung war von ganz besonderer Art. Für den Freitag
abend waren die Dresdener Amtsvorwörter der Erbetterfußball-
spieler zu einer Tagung zusammengerufen worden, in der die
Mitglieder des internationalen Fachausschusses für Fußball,
Lechner-Wien, Kalemant-Büffel und Nibel-Weissig vor
400 Amtsvorwörtern begeisterte Worte über die Wichtigkeit der
Europa-Fußballmeisterschaft sprachen. Zur Eröffnungsfest am
Sonntag im Trianonpark gab es mit 2000 Besuchern ein über-
fülltes Haus. Auch diese Veranstaltung war ein würdiger Auf-
tritt für das Spiel am Sonntag. Schon am frühen Nachmittag hatten
sich Tausende von Personen auf der Jäger-Kampfbahn eingefunden
und lange vor Beginn des Spieles war die Kampfbahn mit
30 000 Zuschauern überfüllt. Drei Turnermusikabteilungen sorgten
in dieser Zeit mit für Abwechslung. Dem Ansehensfußballspiel
wurde lebhaftes Interesse entgegengebracht und mit Begeisterung
das Rugbyspiel Hannover-Süd gegen Hannover-Nord verfolgt,
das Nord mit 25:22 Punkten gewann. Dann kam der
Großkampf.

Wenn dieser Kampf auch abschließend eine Entscheidung
der deutschen Mannschaft vorkommt, so zeigt doch Oesterreich ein
technisch einwandfreies Spiel, so daß der Sieg für Oesterreich
verdient ist. In der ersten Halbzeit stellte Deutschland noch ein
gleichwertiges Mannschaff, doch alle Anstrengungen, zu Toren zu
kommen, gingen an der wichtigen österreichischen Verteidigung
aus. Oesterreichs Siegstor ist das Ergebnis eines sehr gut
eingeleiteten Angriffs. Nachdem die Torhüter mit hundert Be-
schwerden des deutschen Torhüters aufgefunden worden, Kriand
versuchte er den Ball zu fangen, wobei er ihm durch die Beine
rollte und ins Tor ging. Nach der Pause zeigte Deutschland
nicht mehr an seine Leistungen in der ersten Halbzeit heran,
dagegen wurde Oesterreich noch besser und dirigierte das Spiel
wie es wollte. Die Gäste zeigten in jeder Beziehung fabelhaftes
technisches Können und gefielen sehr gut. Das Spiel wurde von
beiden Mannschaften sehr fair durchgeführt.

Sandballbundesmeister wieder Wien

Wien Stadlau - Leinsig Haunsdorf 10:8 (5:4)

Stadlau als neuer österreichischer Meister hat das Erbe des
letzten Sandballmeisters des Landes, Leinsig Haunsdorf
Wien übertragen mit Erfolg verteidigt. Dadurch bleibt der
Bundesmeistertitel in Wien. Ein herrliches Spiel boten beide
Mannschaften. Leinsig war technisch ein wenig besser als Wien,
dafür spielte Wien etwas schneller und hatte eine Verteidigung
mit vorzüglichem Stellungsspiel. Wien ging sogar mit 5:1 in
Führung und erlitt gegen Schluss der ersten Halbzeit vermehrte
Leinsig den Wiener Vorstoß zu verringern, doch auch später
reichte es nie zu einem Ausgleich; Wien führte stets. Die
10 000 Zuschauer waren außerordentlich begeistert von den sehr
guten Leistungen beider Mannschaften.

Breslauer Produktenspiele vom 28. September 1932

Amtliche Notierungen der Breslauer Produktenspiele vom 28. Septbr. 1932.
An der Börse im Warenhandel gegebene Preise für volle Wagenladungen (Del-
ivierten in kleinen Mengen) nicht für Mehl unter 5000 Kilogramm und nicht
für volle Wagenladungen in Reichsmark, bei sofortiger Bezahlung. Nur in
Kartonsform an der Erzeugerpreis.

Tägliche amtliche Notierungen.

Weizen, Roggen, Hafer und Gerste	für 1000 kg = 1 Tonne	in Kartons
Delfaaten, Hülsenfrüchte Futtermittel, Wehl	100 kg	Breslau
Samereizen	50 kg	
Kartoffeln Rohfuttermittel	50 kg ab Erzeugungsort	

Getreide	25.9		27.9	
	Weizen (schleibiger) neuer Ernte			
Hektolitergewicht von 76,0 kg Durchschn.				
Qual., gesund und trocken	210.00	210.00		
Hektolitergewicht von 74,0 kg, gut, gesund und trocken	208.00	208.00		
Hektolitergewicht von 68,0 kg, trocken, für Mülereiwecke verwendbar	185.00	188.00		
Sommerweizen, hart, altzeit, 80 kg				
Roggen (schleibiger) neuer Ernte				
Hektolitergewicht von 71,0 kg Durchschn.				
Qual., gesund u. trocken	160.00	160.00		
Hektolitergewicht von 69,0 kg gut, gesund und trocken	158.00	156.00		
Hektolitergewicht von 69,0 kg, trocken, für Mülereiwecke verwendbar				
Hafer, mittlere Art und Güte	132.00	132.00		
Strawgerste, mittlere	195.00	195.00		
gute	180.00	180.00		
Sommergerste, mittlere Art und Güte	180.00	160.00		
Wintergerste 41-62 kg				
Industrieernte, 65 kg, 188				
Tendenz: Still				

Amtliche Notierungen für Mühlenzweckstoffe

Kuhig	28.9		27.9	
	28.75	28.75		
Foggenmehl (70%)	24.00	24.00		
Roggenmehl 65%, iges 1 RAL, 60%, iges 2 RAL, teurer				

Amtlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmarktes

Hauptmarkt am 28. September 1932
Der Schlachtabtrieb betrug 833 Rinder, 1014 Kalber, 416 Schafe, 243 Schweine
überhaupt vom vorigen Markt waren 12 Rinder, 1 Kalber, 30 Schafe,
9 Schweine.
Richtig Gesamtantrieb 847 Rinder, 1014 Kalber, 416 Schafe, 252 Schweine.

I. Rinder		25.9	27.9
a) vollfleischige, ausgewachsene gesunde Schlachtwerte	81 Stück		
b) sonst vollfleischige 1. Jungere	26		
c) fleischige	14-15		
d) geringe geschlechts	395 Stück		
II. Kalber			
a) jüngere, vollfleischige, gesunde Schlachtwerte	25-26		
b) jüngere vollfleischige oder ausgewachsene	18-22		
c) fleischige	11-14		
d) geringe geschlechts	7-8		
III. Schafe			
a) vollfleischige, ausgewachsene gesunde Schlachtwerte	29-30		
b) vollfleischige	22-23		
c) fleischige	13-16		
d) geringe geschlechts	7 Stück		
IV. Schweine			
a) vollfleischige über 100 kg (1. Jahrgang) Erntegewicht	24-25		
b) vollfleischige Schweine von ca 70-100 kg, Lebensgewicht	24-25		
c) fleischige	18-20		
d) geringe geschlechts	12-14		

Ein echter Nazi-Ehrenmann

Er betrügt Banken und Sparkassen um eine Million
und seine Arbeiter um den Lohn

Aus Köln wird uns über einen echten
deutschen Ehrenmann folgendes geschrieben:

Der Leiter des Jülicher und Kreis-Bergheimer Ziegelei-
Konzerns Dr. Siegel in Jülich ist wegen riesenhafter Kredit-
schwindeln verhaftet worden. Zwei Großbanken, die Kreis-
verbandssparkasse und eine Reihe von Landwirten
und Geschäftslenten haben insgesamt eine Million Mark ver-
loren. Die Arbeiter der dem Konzern angeschlossenen Bedburger
Kunstseilerfabrik haben über einen Monat keine Löhne erhalten.
Erst jetzt sind ihnen durch eine der beteiligten Banken Abzlags-
zahlungen auf ihre Löhne gezahlt worden.

Siegel legte die Sparkasse, die Banken und Private in der
frechsten Weise herein. Seine Sicherheiten an Grundstücken
überreichte er mehrmals. Zahlreiche Freunde bewog
er zu sogenannten "Gefälligkeitswechseln", für die die Aussteller
sehr gerade stehen müssen. Als ihm einer dieser Freunde ein
Kredit über 7000 Mark ausgestellt hatte, lag ihm Siegel
kurz darauf vor, es sei ein Tintenfaß auf das Kasset
gefallen, so daß es unbrauchbar sei. Der gutgläubige Freund
stellte sofort ein neues Kredit über 7000 Mark aus, ohne das
angelegte verdorbene Papier zurückzuverlangen. Er wird für
14 000 Mark haften müssen.

Wer ist Dr. Siegel? Wer sind seine Freunde? Alles
kramme Marxisten, Sozialdemokraten und
Hakenkreuzler.

Siegel war Reserveoffizier, stammte aus Köln und
beiratete die Tochter eines reichen Ziegeleibesitzers, dem zu
Ehren ein ganzer Straßenzug in Jülich benannt worden ist.
Siegel lebte in Saas und Braus und hat das Geld mit vollen
Händen hinausgeworfen. Sein Patriotismus lies aber beim
Steuereinzahlern bedenklich nach. Der Konzern ist mit
Steuersummen erheblich im Rückstand, so daß auch die
Staatskasse zu den Leidtragenden gehört. Auch bei seinen Darlehensgebern, soweit es sich um Private
handelt, spielte die Steuerhosen eine große Rolle. Die
Bauern und Geschäftslenten, die Beträge bis zu 40 000 und bis
zu 70 000 Mark hergaben, taten es nicht nur mit der Aussicht auf
hohen Gewinn, sondern auch, weil sie die Summen nicht ver-
käufern wollten. Das Finanzamt hat inzwischen festgestellt,
daß jährliche Geschäftsummen, die in dem Ziegelei-
konzern fließen, nicht versteuert haben. Es drohen ihnen
Nachversteuerungen und Strafen wegen Steuerhinterziehung.
Der Fall zeigt, daß patriotisches Reden und vaterländisches

Handeln bei vielen unserer Patrioten zweierlei sind. Uebrigens
muß es den Herren in den Zeiten des "Hochwüchdigen "Sofens"
doch recht gut gegangen sein, denn sonst hätten sie einem
Schwindler nicht so große Summen ausliefern können.

Schwierige Finanzlage des Völkerbundes

In der vierzten Kommission der Völkerbund-
vollversammlung erfuhr man am Mittwoch nähere Einzel-
heiten über die außerordentlich schwierige Finanzlage
des Völkerbundes.

Die Bundesbeiträge gehen immer langsamer ein.
Am 31. Dezember 1931 betragen die rückständigen Beiträge
18 Millionen Franken oder 30 Prozent der Gesamteingänge. Der
verfügbare Kasienbestand betrug zu diesem Zeitpunkt nach Abzug
der laufenden Ausgaben 82 000 Franken für das Sekretariat,
31 000 Franken für den Internationalen Gerichtshof und Null
für das Internationale Arbeitsamt. Das für 1931 zu deckende
Defizit beträgt trotz aller Einsparungen 432 000 Franken. Am
19. September 1932 waren erst 64 Prozent der Beiträge ein-
gezahlt. Vier Millionen Franken konnten inzwischen eingesparrt
werden, weil die Abrüstungskonferenz nicht so viel kostete als
veranschlagt worden war. Da höchstens mit 5 Prozent weiteren
Einsparungen zu rechnen ist, dürfte die Kasse des Völkerbundes
Ende des Jahres ohne Geldmittel sein, falls bis dahin nicht die
rückständigen Zahlungen eingehen.

Das Ergebnis der griechischen Wahlen

Athen, 29. September. (Eigener Funkbericht.)
Das Schlusergebnis der griechischen Neu-
wahlen liegt nunmehr vor. Die Venizelisten erhielten
danach 102 Mandate und die Royalisten 98. Die übrigen
Mandate verteilen sich mit 9 auf die Kommunisten, 11 auf
die Agrarier und 26 auf die republikanische Gruppe,
6 sind parteilos. Die absolute Mehrheit, die Venizelisten
im alten Parlament besaßen, ist dahin. Immerhin bietet das
Ergebnis inwiefern eine Mehrheit an, als die Royalisten
die erwartete absolute Mehrheit nicht erlangt haben.

STADTHEATER
 Donnerstag, 20 bis gegen 23
Der Jarewitsch
 Freitag, 20 bis gegen 23
 Abonnements-Vorstellung C 3
 Erstaufführung
Mittes Wu
 Sonnabend, 21 - 22.4.
Der fliegende Holländer

GERHART-HAUPTMANN THEATER
 Täglich 20.15 bis 22.20
 Sonntag 15.30 bis 17.35
Die verunkelte Glode
 Sonnabend 20.15 (u. tägl.)
 zum 1. Male
Der Tiefstapler
 Komina'groteske
 von Franz Cammerlohr

SCHAUSPIELHAUS OPERETTENTHEATER
 Täglich 18.30 und 20.15 Uhr:
Clardasfürstin
 nachm. 30,- — 1.25
 abends: 2.50
 Verwerlauf: Baraich, Wert-
 heim und Theaterkaffe

Zurück
Dr. Neufeld
 Frauenarzt
 Schwelitzer Straße 34

Pfänder-Versteigerung.
Seefries Platz 2
 am Donnerstag, 6. Oktober 1932, vormittags 9 Uhr
 rote Scheine bis Nr. 6509
 Bietungsaktion um 10.—
 Gemeinnütziges Pfandleihhaus
 der Stadt Breslau G. m. b. H. Schubert.



Für Sie und Ihren Jungen
 habe ich die Auswählung von Herbst- und Winterkleidung recht leicht gemacht.
 Erhält Auswahl von Herbst-Mänteln Regen-Mänteln Winter-Mänteln Anzügen
 in unvergleichlicher Güte und Preiswürdigkeit

Oskar Dehmel
 Breslau Neumarkt 45

in überschies. Steinkohlen
 von 10 Zentner an à Zentner 1.35 Mk. frei Keller
Gespaltenes Holz à Zentner 2.60 Mk.
 Bestellungen erbeten an
C. Nowak, Breslau
 Vorwerkstraße Nr. 92 — Fabrgeschäft

Die letzte Gelegenheit!
2 Millionen gewinnen!
 Doppellos werden nur noch bei dieser Lotterie ausgegeben

Ohne Geld erhalten Sie Ihr Glaslos sofort an jedem Schalter ausgehändigt oder durch die Post in der Reihenfolge des Eingangs der Bestellungen zugestellt.
 Bezahlung hat bis 20. Okt. Zeit
 Besitzen Sie bald, wenn Sie mit Bestimmtheit ein Arnet-Los besitzen wollen. Nur wenige Freilosse sind noch zu haben

Arnet Brauerei
 Postcheck-Konto Breslau Nr. 2571
 1/2 10,- 1/4 20,- 1/8 40,- Doppellos 20,- u.

8 Volkstage

275



Damen-Spangenschuhe schwarz Rindbox, mit mittlerer Eidechs-Garnitur

Von Freitag, den 30. September bis Sonnabend, den 8. Oktober
 Der Ruf unserer großen Leistungsfähigkeit verpflichtet uns gerade in der heutigen Zeit zu niedrigster Preisgestaltung. Nicht ohne Grund sind unsere billigen Volkstage so beliebt und populär geworden.

- Damen-Spangenschuhe Lack u. braun Rindbox, mit imit. Eidechs-Garnitur, amerik. Absatz 315
- Damen-Spangenschuhe schwarz Velour, mit Lack-Garnitur, amerikanische und franz. Absätze 435
- Damen-Spangenschuhe braun und mode, Roß-Chevreaux mit imitierter Eidechs-Verzierung, amerikan. und franz. Absätze 435
- Damen-Schnürschuhe braun Rindbox, m. mode-Garnitur, beliebtes Sportmodell 575
- Herren-Schnürschuhe schwarz und braun Rindbox, weiß gedoppelt, haltbare Verarbeitung 305
- Herren-Agraffensiefel schwarz Rindbox, weiß gedoppelt 575
- Herren-Agraffensiefel schwarz Rindbox, besond. kräftige Verarbeitung mit Zwischensohle 775
- Herren-Sportstiefel schwarz und braun Rindbox, genagelt, wetterfeste Ausführung 775
- Kinder-Osensiefel schwarz u. braun Roß-Chevr. und Lack-Bes., m. Absatzfleck, Gr. 18/22 185
- Spangenschuhe schwarz u. braun Roß-Chevreaux, sowie Lack, Größe 23/26 235
- Kinderstiefel für Knaben und Mädchen, schwarz Rindbox, Gr. 31/35 4.45, Gr. 27/30 305
- Knabenstiefel schwarz Rindbox, Größe 36/39 575
- Kinder-Sportstiefel schwarz und braun Rindbox, Größe 31/35 4.75, Größe 27/30 435
- Knaben-Sportstiefel schwarz u. braun Rindbox, Gr. 36/39 635
- Damenstrümpfe in prima Mako 65
- Damenstrümpfe in künstl. Waschseide mit starker Florsohle und Ballenschutz 78
- Damenstrümpfe in künstl. Waschseide, prima Qual., 4fache Sohle, besonders feinfädig 98
- Herren-Socken in Baumwolle u. Baumwolle mit Seide, mod. Must., sehr haltbar 55

Filz-Schnallenstiefel mit Lederbesatz				
Größe 23/24	Größe 25/30	Größe 31/35	Größe 36/42	Größe 43/46
1.85	2.35	2.65	2.85	3.35

Klausner Schuh-Flage

Ring 22 gegenüber dem Schweidn. Keller Ring 22 L bis III. Stock (Fahrstuhl)

Kamelhaarschuhe und Boots
 in enormer Auswahl, zu den bei uns üblichen niedrigen Preisen

Arbeitshofen
 für alle Berufslehre u. Schnitt.
 Krywalski, Schneidermstr.,
 2322 Weitzstr. 12.

Urania
 12 Scazstahle
 und 1 Güter
 Des Scazstahle
 Reduziert
 in hoch und in Größten
 2322 Weitzstr. 12

Biere hell und dunkel
 in **S y p h o n**
 à 5 und 10 Liter, sowie in Flaschen und Gebinden zu Festlichkeiten und Familienfeiern empfiehlt
Gustav Sternagel-Haase
 Brauerei zum Birnbaum
 Breite Straße 6 - Telefon 21620

Druckerei Volkswacht
 Ausführung aller Druckarbeiten
 Breslau 2 Gluckstraße 4/6

Mod. Schlafzimmer
 Eiche m. Nußb. vollst. kompl. RM 585.-
S. Brandt & Co.
 Gartenstraße 65, I. (neben Capitol)

Verkauf!
 Resposten **Glasballons**
 mit und ohne Korb für Gerzwecke
 Verica-Verkaufskontor
 Breslau 8, Barthaer Str. 58

Es geht weiter!



Hunderte wichtige tägliche **Bedarfsartikel**

die Sie sonst weit höher bezahlen müssen.

Besichtigen Sie unsere **Schau fenster!**



Bettfedern
 kaufen Vertrauenssache
 der Böhmisches Bettfedern-Niederlage
Friedrich-Wilhelm-Straße 45, I. Etg.
Kein Laden!

Uhren u. Goldwaren
 Spezialität 2350
Fugenlose Trauringe
Paul Alter Kupferschmiede-straße 17
 Neben Hutschuleid.

Torfmulle in Ball, entsäuert / **Huminal B** der neue Mineralstoff
 Humusdünger 8053
Düngemittel, organische und künstliche
 Hornspäne — Knochenmehl
Schädlings-Bekämpfungsmittel
Fixfertig, der fertige Raupenleimring
„Verina“ Verkaufskontor für chem. techn. Industrieprodukte und -Apparate
 Breslau 6, Berliner Straße 59

Wirtung, Hausfrauen! Sonnabend, den 1. Oktober:
Billiges Fleisch u. Wurst, Ritter-Wortbrot I
 Nur Stand 25
 Ich biete Ihnen die beste Ware zu den billigsten Tagespreisen. — Hausfrauen kommt und leht.
 Schweinefleisch mit Beilage . . . Pf. 70 Pf.
 Schmorfleisch, Ia Pf. 75 Pf.
 Gehacktes Pf. 55 Pf.
 Wurstwaren, nur Ia Qualität
Wim Konietzky, Stand Nr. 25

Ein freies
Schwinn
 von Prof. Sorn
 Vollbauabgabe
 nur noch 160
 Zu haben in der Volkswacht.
 Buchhandlung, Gluckstraße 4

Hochbetrieb im Gerichtssaal

Sondergericht am laufenden Band

Naziterror in Brodau

Vor dem Breslauer Sondergericht hatten sich am Mittwoch vier Nazis aus Brodau wegen gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung zu verantworten. Gefährlich werden sie bekanntlich nur dann, wenn sie in Massen auftreten. So war es am 31. Juli, am Wahlsonntag in Brodau. Von überall her hatte man die braunen Burden zusammengelockt; wenn man dann eine Schlägerei anzettelt, ist es nicht so einfach, aus den gleichen Uniformen die Provokateure und Schläger herauszufinden.

Vier hatten sie sich aber am Vormittag des Wahlsonntages ein besonders hartes Stück geleistet. 14 Hitlerianer hatten einen Mann überfallen und als dieser sich schützend an eine Wand drückte und sich bückte, hat die Horde wüthend mit Gummiknüppeln und Totschlägern auf diesen eingeschlagen. Dabei handelte es sich bei dem Ueberfallenen um einen geistig etwas minderwertigen Menschen, der einem zwölfjährigen Jungen ein Latenzkreuz abgerissen haben sollte.

Das war das Signal für das Rollkommando, das ja bekanntlich am Wahlsonntag in höchster Alarmbereitschaft war und nicht nur in Brodau, sondern überall ausgiebig betätigte. Angeklagt waren nur der Angestellte Walter Grzeschid, der 19jährige Angestellte Horst Menke, der 22jährige Schuhmacher Walter Goldmann und der 20jährige Angestellte Kurt Krause sämtlich aus Brodau. Trotzdem die Angeklagten bei der polizeilichen Vernehmung zugegeben hatten, den Arbeiter Paul Piotrowski geschlagen zu haben, verweigerten sie sich jetzt vor Gericht alle auf. Leugnen. Nichts hätten sie gemacht, nur den P. haben sie abgewehrt, da er sie angegriffen habe. Ja, sie haben gar solche Angst vor dem einen Mann gehabt, daß sich einer nach dem anderen davon gemacht habe. Das letztere stimmt, aber erst dann haben sie sich gedrückt, als sie den einzelnen Menschen bedrohungslos geschlagen hatten. Der Ueberfallene, der keiner Partei angehört, entläßt den Angeklagten Grzeschid, dieser habe ihn nicht geschlagen, ja Grzeschid hätte ihm sogar zu Hilfe kommen sollen.

Eine recht eigenartige Methode wandte Rechtsanwalt Schlicht an, um die Aussagen der Belastungszeugen von vornherein zu entkräften. Er stellte an Paul Piotrowski die Frage, ob nicht der Arbeiter Fritz Schleifer zu ihm gelangt hätte: „Hier ist die Schlichte, heute werden Abscheu abgerissen“, was von dem minderwertigen, leicht beeinflussbaren Menschen selbstverständlich nicht wird. Als später dem Schleifer dies vorgehalten wird, ist empört über diese Unterstellung. Doch Vorbeeren konnte Schlicht mit diesem Schachzug nicht ernten; denn auf die Aussage des Paul Piotrowski wurde wenig Wert gelegt, da er sich auch nicht genau äußern konnte, aber sagte, daß er dem Jungen das Latenzkreuz abgerissen abgerissen und es zertrümmert hätte. Keiner der Angeklagten hat eine Waise in der Hand gehabt und damit geschlagen haben, dabei sagen eine Reihe Zeugen übereinstimmend aus, wie die Schläge auf Piotrowski nur so hagelten. Aber alle in Uniform waren, sind die Zeugen mit der Beschreibung jener Personen sehr vorsichtig. Mit aller Bestimmtheit wurden aber Menke und Goldmann erkannt, während die Kräfte nur eine etwas unsichere Belastung vorlas, daß er dem Piotrowski einen Fußtritt versetzt habe, aber da konnte auch die Vernehmung mit einer anderen braunen Bestie vorliegen. Staatsanwaltschaftsrat Beier bedauerte, daß die Angeklagten nicht den Mut hätten, jetzt vor Gericht ihre Tat einzugestehen, der jedoch Freigebit traue er ihnen denn doch nicht zu, daß sie 14 SA-Leute vor einem einzelnen Mann davonmachen. Menke hat zwar bestritten, einen Gummiknüppel gehabt zu haben, aber daran kann nach den Zeugenaussagen gar kein Zweifel bestehen; er beantragte deshalb gegen Menke wegen gemeinschaftlicher gewalttätiger Körperverletzung, Waffenmißbrauchs und Witzbürens eine Waffe außerhalb des Hauses, insgesamt sieben Monate Gefängnis, gegen Goldmann und Krause wegen gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung je drei Monate Gefängnis. Das Gericht sprach außer Grzeschid auch Krause frei und hielt auch bei Menke nicht einwandfrei für erwiesen, daß er einen Gummiknüppel hatte, da er es bestritten hat und verurteilte Menke und Goldmann wegen Körperverletzung aus politischen Motiven zu je drei Monaten Gefängnis. Die Strafe mußten sie sofort antreten.

Die zweite Verhandlung war

Eine Fortsetzung des ersten Vorfalles

Als der Zimmermann Franz Piotrowski gehört hatte, daß die Nazis seinen Bruder Paul verprügelt hätten, ludte er den Menke auf, nahm ihm den Gummiknüppel weg, hieb zunächst damit auf Menke ein, auch bekamen noch andere Nazis etwas ab und dann kam es zu einer größeren Schlägerei, bis die Polizei dazwischen kam. Franz Piotrowski, der zur KPD gehört, übergab sofort dem Beamten den Gummiknüppel und erzählte ihm die Zusammenhänge. Auch jetzt vor Gericht blieb er bei der Wahrheit.

Mitangellagt waren aber auch noch der Arbeiter Erich Sellmann und der Schneider Fritz Drauschke; sie sollen ebenfalls auf die Nazis eingeschlagen haben. Kräftezeugen waren die beiden eben abgerichteten Menke und Goldmann. Sie belasteten unter ihrem Eid alle drei Angeklagte auf das schwerste. Alle drei hätte sie angegriffen und sie wissen nicht warum.

Als Menke nach dem Gummiknüppel gefragt wird, den ihm doch Franz Piotrowski abgenommen hatte, verweigert er darauf die Antwort. Da er wegen Waffenmißbrauchs nicht bestraft wurde,

könnte im ordentlichen Verfahren nun gegen ihn noch Anklage erhoben werden. Doch da es sich um ein Sondergerichtsverfahren handelt, ist das erkannte Urteil nicht anfechtbar. Jedenfalls sind die Nazis über juristische Spitzfindigkeiten auf das Beste unterrichtet. Den aufgebauhten Aussagen dieser Nazis, die deutlich den Stempel der politischen Gegnerschaft trugen, folgte selbst der Staatsanwalt nicht. Er beantragte bei Hellmann Freispruch, da gegen ihn absolut nichts vorlag. Bei Drauschke hielt er einfache Körperverletzung für vorliegend, denn er hatte sich die anstürmenden Nazis durch Abwehrbewegungen vom Leibe gehalten, und beantragte zwei Monate Gefängnis. Gegen Franz Piotrowski lautete der Strafantrag auf fünf Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte Piotrowski zu drei Monaten, Drauschke zu einem Monat Gefängnis; beide wurden sofort in Strafhaft abgeführt. Sellmann wurde freigesprochen.

Unpolitische Verhandlung

Einbruchsdiebstahl als Erwerb

Vor dem Erweiterten Schöffengericht standen eine Reihe von Personen, die sich zum Teil des fortgeleiteten Einbruchsdiebstahls, der Begünstigung und Schlerrei schuldig gemacht hatten. Einige der Angeklagten sind schon viele Jahre arbeitslos und bezogen nur eine ganz geringe Unterstützung. Um sich Mittel zu verschaffen, daß sie sich wieder einmal satt essen konnten, kamen drei der Angeklagten immer in einer Wohnung zusammen, wo die Einbrüche verarbeiht wurden. Nach hier wurde auch die Beute geschafft, und soweit es sich nicht um Schwarzhandel, sondern hier aus auch abgeleitet. Eingesamelt haben sie neun Einbruchsdiebstähle ausgeführt, wobei in Waren im Werte von 2000 Mark erbeuteten. Auf ihren D-besfahrten nahmen sie Dietriehe und Stemmeln mit. Sie bestiegen sich in verschiedenen Gegenden der Stadt, sowohl in Wohnungen als auch Geschäftsräumen und Lagerräumen. Als sie am 27. März dieses Jahres bei einem Einbruch erwischt wurden, hatte einer auch einen Trommelrevolver bei sich. Der Gerichtswort sie geständig, begründeten aber ihre Taten mit ihrer hohen Notlage. Das Gericht hatte auch Bestrafung für die arme Lage

der Arbeitslosigkeit und billigte allen mildernde Umstände zu. Es erkannte gegen die drei Einbrecher auf Gefängnisstrafen von 1½ bis 2 Jahren. Die wegen Helferei mitangeklagten Ehefrauen wurden freigesprochen. Dagegen wurden drei weitere Angeklagte, die zum Teil den Einbrechern Beihilfe geleistet, zum Teil sich der Begünstigung und der Schlerrei schuldig gemacht hatten, zu geringen Gefängnis- oder Geldstrafen verurteilt. Acht Dietriehe, mehrere Stemmeln und der Revolver wurden eingezogen.

Ehrlichkeitsverbrechen an einer Hausangestellten

Unter der Anklage der Notzucht hatte sich vor dem Schöffengericht der 38 Jahre alte Ruffner St. zu verantworten. Er hatte eine erst 17jährige Hausangestellte unter dem Vorwand, er könne ihr eine Stellung beschaffen, in die Gegend der Umgehungsbahn gelockt und sie dort vergewaltigt. Er war mit dem Mädchen zunächst nach der Auguststraße, dann nach der Gabisstraße gegangen und hatte dabei ihr vorgepiegelt, daß er bereits mit einer Herrschaft telefonisch gesprochen habe. Immer weiter führte er das gutgläubige Mädchen hinaus, bis er es im Freien zu Boden warf. Nachdem er sich an ihr vergangen hatte, flüchtete er. Doch schon am nächsten Tage konnte der Unhold festgenommen werden. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn zwei Jahre Zuchthaus. Das Gericht hielt ein Ehrlichkeitsverbrechen für vorliegend und verurteilte St. zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Sie hielten sich was zu essen

Drei junge Leute im Alter von 21 bis 27 Jahren hatten sich vor dem Schöffengericht wegen Einbruchsdiebstahls zu verantworten. Die Angeklagten, von denen sich einer in Haft befindet, gaben die Diebstähle auch zu. Sie begründeten sie aber damit, daß sie sich in großer Not befanden hätten, da sie seit Jahren arbeitslos sind. Nach ihrem eigenen Geständnis hat der eine der Angeklagten allein in Schwowitz aus einem Geflügelstall zwei Enten gestohlen. Zwei der Angeklagten bestiegen in einer Nacht den Gutshof in Peterwin, brachen die Stalltür auf und stahlen 22 Hühner. Einen Teil davon verwandten sie für sich selbst. Die anderen wurden verkauft. Schließlich waren alle drei gemeinsam in der Nacht zum 8. Juli bei dem Pastor in Sdmolz in den Hühnerstall eingestiegen und hatten hier 16 Hühner gestohlen. Der Haupttäter, der sich in Haft befindet, erhielt ein Jahr Gefängnis, da er schon einige Male mit dem Gesetz in Konflikt gekommen ist. Die beiden Mitangeklagten wurden zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Raubüberfall an der Kanferner Schleuse

Nun bereits das zweite Mal vor Gericht - und wieder ergebnislos

Bereits vor einem Jahre war der Raubüberfall auf den städtischen Verwaltungsangestellten Wagenleiter Gegenstand eines Prozesses. Unter der Anklage des gemeinschaftlichen Straßenraubes hatten sich damals die Arbeiter Grieger und Burkert zu verantworten. Ihnen wurde der Straßenraub zur Last gelegt, der am Mittag des 29. Mai 1931 auf der Chaussee vor der Kanferner Schleuse ausgeführt worden war.

Wagenleiter beförderte damals Lohngehälter in Höhe von zirka 2100 Mark zur Baustelle nach Kanfern. Er fuhr auf einem Fahrrad und hatte seine 12jährige Tochter bei sich. Ungefähr 60 Meter vor der Baustelle wurde er absichtlich von einem Motorradfahrer angefahren und zu Fall gebracht. Der Motorradfahrer und sein Mitfahrer stürzten sich auf Wagenleiter, der eine hieb mit einem Totschläger auf ihn ein, während der andere die Aktentasche vom Fahrrad abschaltete, und Beide entfernten sich dann blitzschnell auf dem Motorrade. Im Laufe der Ermittlungen lenkte sich der Verdacht der Täterschaft auf Grieger, und als dem Ueberfallenen ein Passbild des Grieger auf der Polizei vorgelegt wurde, bezeichnete er diesen als einen der Räuber. Burkert wurde von dem Ueberfallenen ebenfalls belastet. Die damalige Verhandlung ergab gegen die beiden Beschuldigten weiter keine Verdachtsmomente. Einige Zeugen, die sich allerdings mindestens 50 Meter entfernt vom Tatort befanden, gaben aber eine völlig andere Schilderung der Bekleidung der beiden Räuber. Keiner der Zeugen hatte aber das Gesicht der Täter gesehen. Wagenleiter mußte selbst ausgeben, daß er von den Schlägern, die er mit dem Totschläger erhalten hatte, ziemlich benommen war; er will sich aber trotzdem das Gesicht des Grieger so eingedrückt haben, daß er ihn wiedererkenne. Der Staatsanwalt hielt damals beide Angeklagte durch das Zeugnis des Wagenleiter für überführt und beantragte gegen jeden mit Rücksicht auf die Schwere der Tat acht Jahre Zuchthaus. Das Gericht konnte sich aber doch nicht entschließen, aus Grund der nur sehr mangelhaften Belastung der Angeklagten diese auf lange Jahre ins Zuchthaus zu schicken. Es wurden deshalb beide Angeklagte wegen Mangels an Beweisen freigesprochen, zumal

auch die Aussagen des Kindes nicht so bestimmt waren, daß sie für eine Verurteilung ausgereicht hätten. Beide Angeklagte wurden auch sofort aus der Haft entlassen.

Die weiteren polizeilichen Ermittlungen führten im Juni dieses Jahres zur Verhaftung des 25 Jahre alten Zimmermanns Kurt Schaaf. Dieser hatte sich am Dienstag vor der 9. Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Herzog wegen dieses Straßenraubes zu verantworten. Bei seiner Verhaftung hatte er einen Totschläger in seinem Besitz, den er gefunden haben will. Schaaf war deshalb verdächtig, weil er im Sommer v. J. größere Geldausgaben gemacht haben sollte. Außerdem wurde Schaaf bei Gegenüberstellung mit dem überfallenen Wagenleiter von diesem als einer der Täter bezeichnet. Der Angeklagte, der noch völlig unbestraft ist, bestritt energisch irgend etwas mit dem Raubüberfall zu tun zu haben. Der Ueberfallene blieb auch jetzt vor Gericht dabei, daß er den Angeklagten am Gesicht wieder erkenne. Nur wußte er nicht recht zu sagen, ob er der Motorradfahrer oder der Beifahrer war. Auch die Beschreibung der Bekleidung stimmt wie schon im ersten Prozeß, nicht mit den Aussagen einiger weiterer Zeugen überein. Die frühere Braut des Angeklagten, die gegen ihn einen Alimentationsprozeß geführt hat, hatte den Angeklagten bei ihrer polizeilichen Vernehmung dadurch belastet, daß sie sagte, er habe im Sommer v. J. Anschaffungen für über 400 Mark gemacht. Ebenfalls hat er sie selbst wie auch das Kind beschent. Bei einer Nachrechnung ergibt sich aber, daß er einschließlich eines Wintermantels etwa 200 Mark verausgabt hatte und zwar zu einer Zeit, wo er alten Verdienst hatte. Wie schon beim Prozeß im vorigen Jahre dem Grieger sein Motorrad als gewisses belastendes Indiz gewertet wurde, so wurde auch dies in der jetzigen Verhandlung wieder herangezogen. War doch Schaaf einmal von einem Motorradfahrer von seiner Arbeitsstelle abgeholt worden. Nach genauer Klärung war dieser Motorradfahrer aber nicht Grieger gewesen.

So brach die Anklage schon bald gegen Schaaf in sich zusammen und der Staatsanwalt beantragte selbst die Freisprechung, auf die das Gericht auch erkannte. Schaaf wurde sofort aus der Haft entlassen. Somit ist der schwere Raubüberfall noch immer ungeklärt. Allerdings hat die Staatsanwaltschaft, trotzdem keine neuen Beweismomente hinzukamen, gegen das freigesprochene Urteil gegen Grieger und Burkert Berufung eingelegt, ja gegen Grieger wurde sogar wieder vor einiger Zeit ein Haftbefehl erlassen.

Aufgehobener Termin

Heute, am 29. September, sollte in Schweißnäß vor dem Sondergericht das Handgranatententat auf den Genossen Paeschke in Reichendach zur Verhandlung kommen. Wie mitgeteilt wird, mußte die Verhandlung abgesetzt werden, da eine große Reihe von Zeugen nicht auffindbar ist. Hoffentlich ist diese Sache damit nicht endgültig erledigt.

Die Pflicht ruft!

Funktionäre bereithalten!

Heute Donnerstag, den 29. September, 20 Uhr:

Funktionärerversammlung

Beatistawia, Mauritiusplatz

nicht im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses

Keiner darf fehlen!

Rauchen Geschmacksache?

Ja, im besten Sinne des Wortes.

Da siegt aber immer der gute Geschmack.

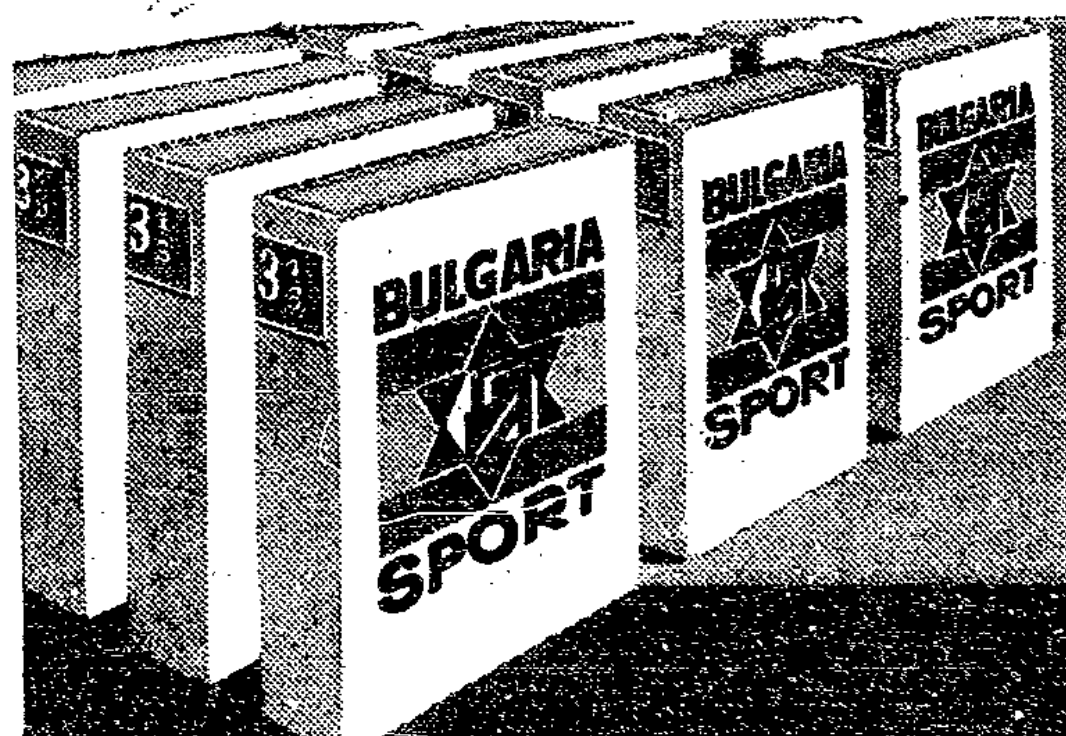
Denn nur die Zigarette setzt sich durch, die am besten schmeckt.

Darum steht in weiten Teilen Deutschlands an der Spitze der 3 1/3 Marken:

Bulgaria Sport, die 3 1/3 der Bulgaria

6 Zigaretten mit Gold 20 Pfg.

mit Sport-Photos



Die Ausgleichsteuer für eingeführtes Fleisch

Nach dem Schlachtsteuergesetz unterliegt Fleisch von Rind, Schwein und Schaf in frischem oder suberzertem Zustand, das aus Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Anhalt, Braunschweig, Pommern, Thüringen, Hessen und Württemberg in das Gebiet des Freistaates Preußen eingeführt wird, der Ausgleichsteuer. Diese Steuer wird von der Schlachtsteuerstelle auf Grund von Anmeldungen erhoben, zu denen die Empfänger des Fleisches innerhalb einer Woche nach Empfang verpflichtet sind. Bei Fleisch, das zur gewerblichen Verwendung (Verkauf, Bearbeitung oder Verarbeituna usw.) eingeführt wird, ist die Anmeldung vor der Verwendung, spätestens aber an dem auf die Einfuhr folgenden Tage zu erstatten. Diese Bestimmungen werden immer noch sehr wenig beachtet. Die hiesige Schlachtsteuerstelle wird sich daher dem Vergehen anderer Städte anschließen und in der nächsten Zeit eine Nachprüfung der Lebensmittel-, Feinkost-, Kolonialwarengeschäfte usw. vornehmen. Die dabei festgestellten unsteuerbaren Waren unterliegen dann abgesehen von der Steuerstrafe, die bis zum Betrage von 5000 Rmk. ausgeschrieben werden kann, der Nachversteuerung. Auskünfte über die Ausgleichsteuer erteilt die Schlachtsteuerstelle beim städtischen Schlacht- und Viehhofe, Breslau 17, Frankfurter Straße 102/110, Fernsprecher 52 301, in der Zeit von 7,30 bis 15,30 Uhr.

Der Neubau der Hundsfelder Weidebrücke

Die Verhandlungen in der letzten Stadtverordnetenversammlung über den Neubau der Hundsfelder Weidebrücke sind von einem Teile der Unternehmungskreise so aufgefaßt worden, als sei mit dem Beginn des Baues oder doch wenigstens mit der Ausschreibung der Arbeiten schon in aller nächster Zeit zu rechnen. Diese Auffassung ist irrig. Bei der Vorlage des Magistrats hat es sich lediglich um die Bewilligung der zur Ausführung der Arbeit erforderlichen städtischen Beihilfe gehandelt, während die Genehmigung des Baues als Nationalarbeit Sache der Regierung ist. Ein entsprechender Antrag liegt vor; erst nach der Entscheidung der Regierung wird es möglich sein, an die Ausschreibung heranzugehen.

Die Ausgabe von verbilligtem Hühnermischfutter

auf die dieser Tage hingewiesen wurde, ist von einer amtlichen Bescheinigung abhängig, aus der hervorgeht, ob und wieviel Weizen und Gerste der Hühnerhalter im letzten Erntejahr angebaut und wieviel Hühner er am 20. August 1932 gehalten hat. Zu der Bescheinigung dürfen nur die von der Reichsministerie vorgefertigten Formulare benutzt werden, die sich der Antragsteller selbst beschaffen muß und die erhältlich sind: Bei dem Klub Deutscher Geflügelzüchter e.V. bei dem Bund Deutscher Geflügelzüchter e.V., St. Halle, und den ihm angeschlossenen Provinzial- und Ortsverbänden, bei dem Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften e.V., angeschlossenen landwirtschaftlichen Waren-genossenschaften, bei den Getreide- und Futtermittelhändlern, bei den Konsumvereinen, bei den Herstellern des Mischfutters, bei den Kolonialwarengeschäften, die sich mit dem Absatz von Hühnermischfutter befassen. Die Bescheinigung wird vom städtischen Statistischen Amt, Im Rathaus 11/12, 2. Stock, erteilt, sie muß bis spätestens 31. Oktober d. J. eingeholt werden.

Arbeiter-Sport

Pflege der Volkstänze durch die Naturfreunde

Volkstänze sind heute eine nicht beliebte Art von Belustigung. Täglich zu Unrecht! Schöne lustige Figuren, rhythmische Bewegungen zur Körperbildung können dabei immer festgestellt werden. Wer irgend wann, sollte versuchen, den Volkstanz zu pflegen. Besonders Jugendbergeher oder Heimleiter sollten nicht verfehlen, mittels des Volkstanzes die Jugend fester zusammenzuführen und deshalb nicht unterlassen für die Beteiligung an Volkstanzabenden zu werben. Der Touristen-Verein „Die Naturfreunde“ vermittelt die Kenntnisse der Volkstänze in seinem Tanzkreis. Die Stunden finden jeden Sonnabend, von 20 bis 22 Uhr, in der Turnhalle der Marienschule, Kirchstraße, statt. Teilnehmer kann jeder sein, ganz gleich ob jung, ob alt, ob Burche oder Mädel. Wer Interesse an alten und neuen Volkstänzen hat, wer sich selbst beteiligen will, der benütze diese Gelegenheit und verlaume nicht, ganz besonders die Jugend auf die Abende aufmerksam zu machen.

Handball
Schlichtung für Sonntag, den 2. Oktober

16.10: 2. Abteilung I — 7. Abteilung I; Ostpark; Schiri derselbe.

Freie Turnerschaft Breslau e.V.

Alle Mitglieder des Vereinstechmischen Ausschusses treffen sich Freitag, 16.30 Uhr, auf dem Tennisplatz der F.T.S. in Morgenau zu einer Instruktion für Tennis.

Wassersport

Ausschreibung zur Winterwasserballserie

Auch in diesem Winter wird im Hallenschwimmbad eine Wasserball-Serie ausgetragen werden. Teilnahmeberechtigt sind alle Bundesvereine. Geprüft wird in A., B., C. und Jugend-Klasse nach den Regeln des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Meldungen bis zum 10. Oktober 1932 in F. Duchale (bei Zimmer), Breslau 6, Mariannenstraße 12.

Freie Schwimmer Breslau e. V.

Sonabend, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Vereinsversammlung mit Film „Olympia in Wien“. Für Kinder und Jugend läuft der Film in Sonderausführung ab 16 Uhr. — Zur Jubiläumfeier des „Proleten“ am 2. Oktober sind Freikarten für die Funktionäre in der Vereinsversammlung in Empfang zu nehmen. — Sonntag, den 2. Oktober, vormittags 11 Uhr, beginnt im Hallenschwimmbad der Übungsbetrieb der Kinderabteilung; Dienstag, den 4. Oktober, 20 Uhr, der Übungsbetrieb in der Männer- und Frauenhalle für den Gesamtverein. — Abteilung Zimpel. Sonntag, 9 Uhr, Treffpunkt Friedrich-Ebert-Schule zum ersten Wettag im Hallenschwimmbad. — Jugendabteilung Nord. Montag, den 3. Oktober: Jugendversammlung im Heim, Michaelsstraße 36.

Freie Schwimmer spielen am 4. Oktober im Hallenbad Wasserball: 8,25 Uhr Jgd. Nord I. — West I. Schiedsrichter Tjerner. 9,45 Uhr Männer Nord II. — Nachwuchsmannschaft. Schiedsrichter Kaluga. 10,00 Männer West I. — Nord I. Schiedsrichter Anforge.

Freie Kanu-Bereitigung Breslau. Ausschreibung zum Langkredensfahren der Arbeiterpottler am Sonntag, dem 16. Oktober,

vormittags von 9,30 bis 12 Uhr auf der Stromoder. Start und Ziel am Bootshaus der F.R.S., Weidendamm 24.

Rudererinnen: 1. Achter Gigbar; 2. Doppelvierer; 3. Riemenvierer; 4. Doppelzweier.

Rajakrennen: 5. Kanovierer; 6. Kaltbootzweier, Klasse 10, 7. Doppelkajak, Klasse 5; 8. Einerkajak, Klasse 1. Länge der Strecke für Frauen- und Jugendmannschaften 4 Kilometer, für Männermannschaften 8 Kilometer. Die Boote werden ab 9,30 Uhr in Abständen von drei Minuten gestartet. Die Rajakrennen Nr. 6, 7 und 8 sind offen für alle Gaddler innerhalb der Ratiellvereine. Meldungen müssen den Vor- und Zunamen der Fahrer sowie den Namen des Bootes enthalten und bis zum 10. Oktober an W. Frost, Karl-Marx-Straße 67 oder an E. Steller, Weidendamm 24, abgegeben sein.

Athletik

Kraftsportvereinigung West 1921. Freitag, 19 Uhr, in der Turnhalle Wilschstraße, Kampfabend im Ringen. Es ist mit interessantem Sport zu rechnen, da 15 Paarungen an den Start gehen. Wir laden alle Freunde und Gönner unseres Vereins herzlichst ein.

Kulturreine

Schachnachrichten. Am Sonntag, dem 25. September, fand in Waldenburg, anlässlich der Jahrestagung der Freien Schachvereine Waldenburg, ein Schachturnier, das von Schachmannschaften der Ortsgruppen Breslau, Strehlen, Siricgau, Riettenberg, Hagnau, Liegnitz, Schweidnitz, Reichenbach, Gottesberg, Weipitz, Langenbielau, Rothenbach, Nieder-Salzbrunn bestritten war. In circa 100 Partien wurde um den Steg gerungen. Außerst spannend verlief der Kampf, der zwei Breslauer Kampfmannschaften, die gegen zwei Auswahlmannschaften des Berglandbezirks kämpften. Nach heftigstem Kampf legten die beiden Breslauer Mannschaften mit 7 1/2 zu 2 1/2 Punkten und 6 zu 4 Punkten. Die größere Turnierfahrung und der bessere Mannschaftsgeist verhalf den Breslauern zu ihren Siegen. In der Endrunde um die Bezirksmeisterschaft des Berglandbezirks siegte Schweidnitz mit 7:3 Punkten über Gottesberg. Schweidnitz ist also Bezirksmeister. Eine Reihe von Freundschaftsstädewettkämpfen umrahmten die Hauptkämpfe.

Bermischtes

Pierre Degenier gestorben

Der Komponist der Internationale, Pierre Degenier, ist am Montagabend im Alter von 84 Jahren in dem Pariser Vorort St. Denis gestorben. Degenier war von Beruf Drechsler und stammte aus Lille. In seinen freien Stunden beschäftigte er sich viel mit Musik. Anfang der 90er Jahre brachte einer der Leiter der linker Arbeiterbewegung aus Paris einige revolutionäre Gedichte mit und bat Degenier, eines von ihnen zu vertonen, damit es bei einem Arbeiterfest vorgetragen werden könne. Degenier wählte das von seinem Pariser Berufsgenossen Bettier verfasste Lied, das später den Namen Internationale erhielt und heute von den Arbeitern der ganzen Welt gesungen wird. Degenier, der um die Früchte seines Wertes gebracht wurde, da man fälschlicherweise die Musik einem seiner Brüder zuschrieb, trat bei der Spaltung im Jahre 1921 zur kommunistischen Partei über und lebte seitdem kümmerlich von Almosen seiner Parteigenossen. Die kommunistische Stadtverwaltung von St. Denis hat beschlossen, ihn auf Kosten der Gemeinde beizusetzen.

Emil Orlik

Der Maler Emil Orlik ist in Berlin, acht Tage nach dem Tode seines Freundes Slevogt, im Alter von 62 Jahren gestorben. Ein Herzeleid machte seinem arbeitsreichen Leben, in dem der Verlust des Freundes einer der schwersten Schläge gewesen sein dürfte, rasch ein Ende. Die Freundschaft mit Slevogt hatte auch einen schönen äußerlichen Ausdruck gefunden: vor nicht allzu langer Zeit hat Orlik seinen Freund Slevogt gemalt. Im übrigen arbeiteten sie beide darin, daß sie in ihrem graphischen Werk ihr Bestes gaben: erst vor kurzem erschienen Orliks Illustrationen zu Karl Judmayers „Offenbarungen“, ein Dokument der Lebensfreude und des Humors, ein Beweis höchsten Künstleriums.

Kellame

Die Japaner bedienen sich seit je einer besonders bildkräftigen Sprache. Die Kellame macht natürlich keine Ausnahme. Eine Essig-Tabak empfiehlt einen Essig, der scharfer sei „als die Junge der biffigten Schwiegermutter, die es überhaupt in der ganzen Welt gibt“.

Der bulgarische Scharfrichter ermordet

Bei einem politischen Zusammenstoß in der Zigeunergasse in Sofia wurde der Scharfrichter Hussein Jalara getötet. Jalara hatte besonders nach dem Sprengstoffanschlag auf die Kathedrale im Jahre 1925 zahlreiche Hinrichtungen vollzogen. Der Mörder konnte bisher noch nicht ermittelt werden.

Rundfunk von heute

Tägliche Funkvorschau für Arbeiterhörer

Der Stunde der Arbeit, in der Eva Brockow mit am Donnerstag, um 18,35 Uhr, über „Die Auflösung der Familiengemeinschaft durch die Erwerbslosigkeit“ sprechen wird, schenken wir unsere volle Aufmerksamkeit. Unter der musikalischen Leitung von Karl Schmidt-Becken gelangt am Abend um 20 Uhr die Verdi-Oper „Macbeth“ zur Sendung.

Achten Sie bitte ab 1. Oktober immer auf die an dieser Stelle stehenden Rundfunk-Angebote. Es ist ihr Vorteil!

Wasserstand

Kanonen (Unter-Vogel)	29.9	29.4	29.9	28.9
Neffe (Stadt)	0.73	0.78	0.65	1.44
Neffens (Hst.-Vogel)	-0.80	-0.80	0.66	0.74
Neffens (Hst.-Vogel)	1.50	1.56	Durchschneide (stündl. 56	51
Brieg (Hst.-Vogel)	1.52	1.57	Fürtenberg vom 28. 9. 0.14	
Trechen	1.6	1.60	Wassermenge + 10,5	

WERTHEIM

Billige Lebensmittel

Soweit Vorrat! Leicht verderbliche Lebensmittel werden nicht zugesandt.

Kolonialwaren		Käse, Fette	
Bruchreis	Pfund 0.11	Ziegelkäse	Pfund 0.22
Erbsen halbe geschält	Pfund 0.18	Limburger ohne Rinde	Pfund 0.46
Auszugsmehl	Pfund 0.20	Dänischer Schweizer	Pfd. 0.62
Bruch-Makkaroni	Pfund 0.35	Tilsiter vollfett	Pfund 0.72
Tea neue Ernte	Pfund 0.78	Schmalz amerikanisch	0.46
Röstkaffee (vgl. Stadt)	Pfund 0.45	Molkereibutter	Pfund 1.22

Frisches Fleisch

Schweinebauch	Pfund 0.58	Suppenfleisch	Pfund 0.48
Schweineschulter	Pfund 0.68	Rinderrouladen	Pfund 0.92
Gehacktes	Pfund 0.55	Kaiserkamm	Pfund 0.52
Aufschnitt	Pfund 0.58	Kaiserspritz u. Rücken	Pfund 0.62

Wurstwaren		Konserven	
Schinken gekocht 1/2	Pfund 0.35	Erdbeer-Konfitüre 1 Pfund-Glas	0.68
Blut- u. Leberwurst	Pfd. 0.52	Frischfrucht-Marmelade 2-Pfd.-Eimer	0.88
Sülzwurst	Pfund 0.64	Aprikosen-Marmelade 2-Pfd.-Eimer	0.88
Jagdwurst	Pfund 0.84	Brechspargel ohne Köpfe, 1/2 Dose	1.08
Braunschweiger Art	Pfund 0.92	Stangenspargel mittelst., 1/2 Dose	1.58
Leberwurst Hausmacher	Pfd. 1.04	Aprikosen-Pulp 10-Pfd.-Dose	2.52

Geflügel, Wild		Räucherwaren	
Junge Tauben	Stück an 0.49	Bücklinge	Pfund 0.24
Walghühner	Pfund an 0.78	Flundern	Bund 0.26
Gänse und Enten	Pfd an 0.88	Makrelen	Pfund 0.38

Obst		Faßweine	
Aepfel	0.10	Ebbirnen	0.19
Weintrauben	Pfund 0.19	Cydar abvergor. Apfelwein Ltr.	0.54
Zitronen	Duzend 0.68	Johannisbeerenwein Ltr. 0.88 und 0.66	
		Wermut kräftig	Liter 0.72

Margarine	3 Pfund 0.88	Weizenmehl	0.17
Schmorfleisch	0.72	Gerate u. Roggen	0.16
ohne Knochen	Pfund	gebrannt	Pfund

Konzerte - Theater - Vergnügungen

Städtisches (Opernhaus). Heute 20 Uhr „Der Jäger mit Sch“. Operette von Lehár, mit Benno Ubold in der Titelpartie, den Damen Stenwald, Fiedler, Kuntz, Kuntz und den Herren Arnold, Baron, Demold, Grim, Klara, Rudow, Wilhelm. Ingenieurung: Dito Demold. Musikalische Leitung: Hermann Wehler. — Morgen 20 Uhr (Abend-Vorl. C 3) gelangt d. Oper „Mitzu“ in der Inszenierung von Intendant Dr. Georg Hartmann, unter musikalischer Leitung von Carl Schmidt-Becken zur Breslauer Erstaufführung. — Sonnabend 20 Uhr „Der fliegende Holländer“. — Sonntag 15 Uhr bei ermäßigten Preisen „Schwarzmaldbald“. Abends 20 Uhr „Mitzu“ in der Besetzung der ersten Aufführung.

Opernhaus. Donnerstag und Freitag 20,15 Uhr letzte Abendaufführungen. Sonntag 15,30 Uhr Nachmittagsvorstellung (zu kleinen Preisen) des hübschen, leichtverdaulichen „Die Schöne und das Biest“ von Franz Waxler. In der Inszenierung von Harry Wilton und der Premierenbesetzung. — Sonnabend 20,15 Uhr Erstaufführung „Die endlose Straße“, Frankfurt von Graff und Hinge. Inszenierung: Hermann Schulze-Greifheim. Bühnenbild: Harry Wilton. Mitwirkend der größte Teil des Herrenpersonals.

Geheimes-Theater. Die letzten Vorstellungen von Geheimes Hauptmanns „Die verurteilte Gode“ finden Donnerstag, Freitag 20,15 Uhr und zu kleinen Preisen Sonntag 15,30 Uhr statt. Premierenbesetzung. — Franz Cammerlohns Kriminal-Groteske „Der Liebestapler“ wird Sonntag 20,15 Uhr in der Inszenierung von Martin Wagner erstmalig herausgebracht. Hauptrollen die Damen Albu, Habel-Reimers, Kote, die Herren Brud, Grant, Habel, Scherzer.

Schauspielhaus. Heute und täglich zweimal, 16,30 und 20,15 Uhr, die mit großem Erfolg aufgenommene Operette „Die Gardasfürstin“. Billige Eintrittspreise (ab 30 Pf.).

Das neue Vieh-Programm, das ab 1. Oktober gezeigt wird, bringt Parodie-Attraktionen nach Breslau, die bisher noch nie hier gezeigt worden sind. Es handelt sich um Spitzennummern des internationalen Varietés. Von besonderem Interesse ist das jenationelle Schpiel der weltberühmten Wurst-Circus „Drei Barracetas“ mit ihrer „fliegenden Ente“. Die „Barracetas“ sind vor einer ungewöhnlich erfolgreichen Tournee aus Amerika nach Europa gekommen und sofort für das Vieh-Theater engagiert worden. Ebenso ist das Schpiel des deutschen Wirtel-Conferenciers Helmut Krüger besonders nicht zu übersehen.

Alle Freunde unserer Oper werden am Sonntag, dem 15. Oktober, Gelegenheit haben, die genante künstlerische Arbeit des Stadttheaters in diesem Winter unverkennbar zu überblicken und zahlreiche Solofrühe zu hören. Der Verein Opernhilfe gibt an diesem Tage um 11,30 Uhr eine Morgenkonzert in der Städtischen Oper, für deren reiche Beitragsfolge die Vorbereitungen begonnen haben. Die Schließliche Verwaltung wird unter Generalmusikdirektor von Hofflin mit. Die Bekantheit ist für die Mitglieder des Vereins Opernhilfe und solche, die es werden wollen, jedoch; somit noch Plätze verfügbar sind, werden Eintrittskarten auch an Nichtmitglieder abgegeben werden. Der Beginn des Kartenverkaufs wird noch bekanntgegeben.

Städtischer Wetterdienst
des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krietern

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten)

Während sich in Norddeutschland unter der Einwirkung abfließender Kaltluft eine Beruhigung der Lage eingestellt hat, hält in Süd- und Mitteleuropa die bewölkte Witterung noch immer an. Vereinzelt kommt es auch im Süden und Osten unseres Reichs noch zu leichten Niederschlägen, während sich im Nordwesten Schließens bereits langsame Bewölkungsabnahme einstellt. Eine durchgreifende Umgestaltung ist vorläufig noch nicht wahrscheinlich.

Ausflüge für das nächste Wochenende:

Bei schwacher Luftbewegung im Westen zeitweise aufheiternd und vorwiegend trocken, im Süden und Osten zunächst noch bewölkte Wetter mit vereinzelt Niederschlägen. Besonders nachts kühl.

Essen für das nächste Mittel- und Hochgebiet:

Bei nachlässigen Winden zunächst noch neblig-bewölkt und einzelne Niederschläge, kühl.

Sonnenaufgang: 5,57 Uhr — Sonnenuntergang: 17,44 Uhr

Sammeln Sie die Gutscheine von:

SUNLICHT SEIFE
Doppelstück 27 Pf. Würfel 23 Pf.

VIM Die Putzfrau in der Dose
Doppeldose 35 Pf. Normaldose 29 Pf.

LUX SEIFENFLOCKEN
Doppelpaket 45 Pf. Normalpaket 27 Pf.

SUMA Das moderne Waschmittel
Originalpaket 36 Pf.

Atlantis die neue Toilette Seife zu 25 Pf.

SUNLICHT GESELLSCHAFT A.B. MANNHEIM-BERLIN



Die endgültige Kreisfestlegung

Die Abänderungen an der Verordnung über die Kreisneugliederung

Der Amtliche Preussische Pressedienst gibt, wie Wolffs Schlesischen Landesblatt aus Berlin gemeldet wird, die in Artikel 1 der Ergänzungsverordnung vom 27. September 1932 enthaltenen Grundänderungen bekannt. Für Schlesien kommen folgende Veränderungen in Frage:

Regierungsbezirk Breslau

Dem neu zu bildenden Landkreis Glogau werden eingegliedert: 1. der Teil des neu zu bildenden Landkreises Frankenstein, der besteht aus der Landgemeinde Wiltzsch; 2. der Teil des Landkreises Glogau, der besteht aus der Landgemeinde Neu-Wilmersdorf.

In den neu zu bildenden Landkreis Frankenstein wird der Teil des neu zu bildenden Landkreises Reichenbach eingegliedert, der besteht aus den Landgemeinden Zülzenort und Kolemisch (beide bisher Kreis Nimptsch).

In den neu zu bildenden Landkreis Schweidnitz wird der Teil des Landkreises Neumarkt eingegliedert, der besteht aus der Landgemeinde Borganie.

In den Landkreis Silesien werden eingegliedert: 1. der Teil des neu zu bildenden Landkreises Frankenstein, der besteht aus den Landgemeinden Kummelwitz, Schildberg, Neu-Karlshof, Wollendorf, Dobritzschau, Korfchowitz, Rebschütz, Schönlehnendorf, Krahwitz, Wieguth, Wogersdorf, Deutsch-Neudorf, Berzdorf, Rannern, Galtau und Münchhof (bisher sämtlich Kreis Münsterberg); 2. der Teil des neu zu bildenden Landkreises Reichenbach, der besteht aus den Landgemeinden Grünhain, Grögerdorf, Katzen, Nabbroduth, Kurtwitz, Karzschau, Braus, Maltschau, Gortau, Gollschau, Klein-Johnsdorf, Schmieddorf, Leinich, Wöhnitz, Rothendorf, Stachau, Plotzsch, Reichau, Siegaroth, Jafobsdorf, Dürr-Broduth, Manze, Dürr-Dartau, Glogau, Reifau, Kolemisch, Tiefensee, Kallenberg, Wudisau, Rothschloß und Strachau bei Nimptsch (bisher sämtlich Kreis Nimptsch); 3. der Teil des neu zu bildenden Landkreises Krieg, der besteht aus der Stadtgemeinde Wagnen und den Landgemeinden Brojewitz, Spurwitz, Alt-Wanien, Jahnwitz, Köchendorf, Anjshwitz, Vermesdorf und Marienau (bisher sämtlich Kreis Ohlau).

In den Landkreis Breslau werden eingegliedert: 1. der Teil des neu zu bildenden Landkreises Reichenbach, der besteht aus den Landgemeinden Rantau, Grünau, Jähwisch, Stein, Strachau bei Jöhren, Kuhnau, Kolemisch, Müllersdorf, Hilschitz, Groß- und Klein-Litz, Poppelwitz (sämtlich bisher Kr. Nimptsch); 2. der Teil des neu zu bildenden Landkreises Schweidnitz, der besteht aus der Stadtgemeinde Jöhren, und den Landgemeinden Kapsdorf, Morschelwitz-Rosenthal, Kriestowitz, Wilschdorf, Wernersdorf, Quettich, Altdorf, Rogau-Rosenau, Striegemühle, Groß-Mohnau, Probsthain, Marzdorf, Strödel, Rantau, Groß-Silsterwitz und Klein-Silsterwitz (sämtlich bisher Kreis Schweidnitz); 3. der Teil des Landkreises Neumarkt, der besteht aus der Stadtgemeinde Rantau und den Landgemeinden Kommenau, Schöpsch, Schimmelwitz, Polsnitz, Jürsch, Neudorf, Jaugwitz, Rantau, Krosau, Nieder-Strau, Ober-Strau, Lorzendorf, Rantau, Krosau, Rammendorf bei Rantau, Sachwitz, Döhlitz und Hülshaus (sämtlich bisher Kreis Neumarkt).

Regierungsbezirk Posen

In den Landkreis Glogau werden eingegliedert: 1. Der Teil des neu zu bildenden Landkreises Grünberg, der besteht aus den Stadtgemeinden Beuthen a. d. Oder und Schlawa (Kreis Glogau) und den Landgemeinden Hammer, Tarnau, Rüdgen, Sperlingswinkel, Aufzug, Büschkau, Goile, Laubegast, Krepmin, Thiergarten, Hohenborau, Rosenthal, Bielawe, Carolath, Groß-Wieberg, Weisch, Deutsch-Tarnau, Malshaus, Krotowitz, Groß-Würditz, Klein-Würditz, Waffendorf, Jöbelwitz, Bälau, Rensdorf und dem Gutsbezirk Carolath Heide, Forst; 2. der Teil des neu zu bildenden Landkreises Posen, Regierungsbezirk Breslau, der besteht aus der Landgemeinde Rostersdorf (Kreis Glogau). In den Landkreis Posen wird der Teil des neu zu bildenden Landkreises Sprottau eingegliedert, der besteht aus der Stadtgemeinde Priebus und den Landgemeinden Quisdorf bei Tschöpsen, Tschöpsen, Alt-Tschöpsen, Neu-Tschöpsen, Herzdorf bei Priebus, Kopsdorf, Wendisch Mülta, Wehren, Jänitz-Patag, Müllisch, Dubrau, Mühlbach, Merzdorf bei Priebus, Bogendorf, Grünhain, Groß-Petersdorf, Jellendorf, Mellendorf, Jendendorf, Reichenau bei Priebus, Kuppendorf, Ziebert und Kauhau.

Zu den Grenzänderungen auf Grund der Ergänzungsverordnung vom 27. September 1932 bringt der Preussische Pressedienst noch folgende Notiz für den hiesigen Bezirk: Ferner wird durch die Ergänzungsverordnung noch bestimmt, daß in der Verordnung vom 1. August 1932 im § 25 die Ziffer 3 und im § 28 die Worte „Weißig, Wandrich, Mittel-Nieder-Dammer“ und im § 16 das Wort „Kauske“ zu streichen sind. Außerdem werden die §§ 10 und 85 der Verordnung vom 1. August ganz gestrichen.

Für Kommunisten aber Zuchthaus

Die andere Seite des Diegitzer Sondergerichts

Das Diegitzer Sondergericht verurteilte den Zimmermann Oskar Kaffner aus Rothbrunnig, Kreis Goldberg-Hannau und den Arbeiter Paul Bobles aus Hohenort zu je einem Jahr Zuchthaus, den Metzler Ernst Seidel aus Rothbrunnig zu 1 Jahr 2 Monaten Zuchthaus, und die Brüder Franz und Adolf Czernka aus Rothbrunnig zu je einem Jahr und einem Monat Zuchthaus. Alle Angeklagten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zwei Jahren aberkannt.

Die verurteilten Arbeiter sind Kommunisten und waren des Hausfriedensbruches und der schweren Körperverletzung angeklagt. Sie hatten in der Nacht zum 22. August an einem Erntefest im Gasthaus zur Hedwigstapelle in Kosenbau, Kreis Goldberg-Hannau teilgenommen und im Laufe des Abends verächtlich Rasis angerempelt und beschimpft. Es wurde ihnen deshalb wiederholt das Lokal verboten. Später fielen sie über einen SS-Mann her und mißhandelten ihn. Da aber rechtzeitig Landjäger eintraf, trug der Hiltzeraner nur geringe Kratzenwunden davon. Trotzdem dieses Urteil! Es sind eben Kommunisten...

Landrat z. D. Kranold zum Bürgermeister von Gannau gewählt

Die Gannauer Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich Montagabend erneut mit der Wahl des Bürgermeisters. Landrat z. D. Kranold stellte sich vor und wurde einstimmig mit 13 gegen 9 Stimmen gewählt. Die Bürgerlichen stimmten wieder für Bürgermeister Herrmann.

Genosse Kranold hat fast acht Jahre den Kreis Sprottau verwaltet und wurde längst, anlässlich der Aktion der kommunistischen preussischen Regierung neben anderen sozialdemokratischen politischen Beamten zur Disposition gestellt. Er galt als ausgezeichneter Kenner seiner Sachgebiete und entwickelte namentlich im kommunalen Fürsorgeweise eigene Ideen, die in dem von ihm verwalteten Kreis zur Anwendung kamen. Die Stadt Gannau bekommt in ihm einen tüchtigen Bürgermeister.

Aus!

Auf Gannau, Kreis Görlitz, wird unjener Görlitzer Bruderblatt berichtet:

Die in der Höhe der letzten Wahlämter zusammengelaute Ortsgruppe der KPD hat ihr „Leben“ ausgehaucht. Warum, das ist eine offene Frage. Der Kenner weiß, daß dies

seit der letzten Reichstagswahl keine Daseinsberechtigung mehr hatte. Vielleicht hat die Schuld an der, die die anlässlich der Reichstagswahl hier wochenlang aufkommenden SA-Leute bei ihrem Abzug hinterließen, zum schnellen Ende beigetragen. Geschäftsleute sagten damals:

„Nun ist die Bande fort, aber die Ferkeln haben sie nicht bezahlt!“

Beim Fleischermeister Wolpert waren es ja nur 200 Mark Schulden, die gemacht worden sind.

Nur weiter so, dann wird mancher Geschäftsmann auch auf dem Lande noch erkennen, daß auch die SA nur das wahr machen kann, was im Vorheimer Programm verankert ist, nämlich: Lebensmittel werden ohne Entgelt beschlagnahmt. — Süßer Beiß!

Der Mörder des Oberlandjägers Franke verhaftet

Dem Ueberfallkommando aus Oppeln gelang es gestern abend, den Mörder des Oberlandjägers Franke aus Sorowitz, Kreis Guttentau in der Person des berüchtigten Schmugglers und Wilddiebes Kalus zu verhaften. Kalus hatte sich in Komniz, Kreis Rothenberg, in einer Scheune versteckt, die von den Polizeibeamten umstellt wurde. Er wurde gefesselt ins Oppelner Gerichtsgefängnis eingeliefert. Kalus hatte in der Nacht zum 4. September den Oberlandjäger Franke in Schrotlau erschossen.

Riefenschmuggel von Devisen an der deutsch-polnischen Grenze

Die Beuthener Zollfahndungsstelle ist im Einvernehmen mit der Breslauer Zollfahndungsstelle einem Riefenschmuggel von Devisen und Effekten auf die Spur gekommen, an dem zahlreiche Personen im deutschen und ostpreussischen Grenzgebiet beteiligt sind. Nach den bisherigen Ermittlungen liegt die Zentrale der Schmugglerbande in einem Hotel in Kattowitz, von wo aus der Schmuggel über die deutsche Grenze besonders nach Beuthen, Breslau und Berlin geleitet wurde. Die Zollfahndungsbeamten hatten bereits am Sonntag in der Wohnung des Wechselstubeninhabers Mag Saper eine Hausdurchsuchung vorgenommen, die jedoch ohne Erfolg blieb. Es gelang bei dieser Gelegenheit dem Wechselstubeninhaber Josef Saper, über die Dächer zu flüchten und noch einen großen Teil des Geldes nach dem Ausland in Sicherheit zu bringen. Erst später wurden die Fahndungsbeamten durch Vertrauensleute darauf aufmerksam gemacht, daß in dem Bett des Dienstmädchens der Familie Saper größere Summen deutschen und ausländischen Geldes sowie Aktien verborgen seien. Eine erneut vorgenommene Hausdurchsuchung hatte aber wieder keinen Erfolg. Wegen Verdunkelungsgefahr wurde jetzt die Ehefrau des Mag Saper in Haft genommen und dem Ermittlungsrichter zugeführt; ferner wurde eine Kontantin festgenommen. Die Ermittlungen der Fahndungsbeamten sind noch im Gange. Im Interesse der Untersuchung können nähere Einzelheiten vorläufig noch nicht mitgeteilt werden. — Dem Vernehmen nach soll es sich um Riefenbeträge handeln. Die Familie Saper steht im Verdacht, nahezu zwei Millionen Mark nach Polen verschoben zu haben.

Görlitz. Todessturz aus dem vierten Stock. Im Hause Sohrstraße 4 stürzte kurz vor Mitternacht der 33jährige Fritz Hofmann aus dem vierten Stock in den Hof, wo er schwer verletzt liegen blieb. Er wurde sofort ins Krankenhaus geschafft, wo er bald darauf seinen Verletzungen erlag. Die Ursache des Sturzes ist noch nicht ganz aufgeklärt; es soll sich um keinen Selbstmord handeln.

Kattow. Zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Das hiesige Schwurgericht verurteilte wegen des Mordes an dem Förster Piotta, Gregorsdorf, Kreis Kattow, den 26jährigen Gelegenheitsarbeiter Emil Grocholl und den 27 Jahre alten Landwirtssohn Anton Wochnik beide aus Stawitzau, zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe. Die Verurteilten waren am 22. Mai d. J. auf Wilddieben ausgegangen und dabei von dem Förster gestellt worden. Als dieser sie festnehmen wollte, fielen sie über ihn her und schlugen ihn zu Tode. Der Anklagevertreter hatte lediglich gegen Wochnik lebenslängliche Zuchthausstrafe beantragt und gegen seinen Komplizen eine 15jährige Zuchthausstrafe. Außer der Zuchthausstrafe wurden beide zu je sechs Monaten Gefängnis wegen Fortwiderstandes verurteilt.

Sinderns. Schießerei zwischen Polizei und Einbrechern. Auf einem Dienstgange bemerkten die Polizeischarwachmeister Lange und Ende drei Männer, die Säcke und einen Karton trugen und beim Anblick der Beamten verschwand. Als diese den Männern folgten, erhielten sie sofort Feuer, das von den Beamten erwidert wurde. Darauf flüchteten die Männer, gaben aber nochmals Schüsse gegen die Beamten ab. Polizeioberwachmeister Lange brach, von mehreren Schüssen getroffen, zusammen. Er hat zwei Schüsse ins rechte Bein, zwei Schüsse ins linke Bein und einen Handfuß erhalten. Polizeiwachmeister Ende erhielt einen Schuß in den linken Oberschenkel, er konnte sich jedoch aufrecht erhalten und weiter schießen. Das inzwischen eingetroffene Ueberfallkommando brachte die verletzten Beamten ins Krankenhaus. Ein Teil des Kommandos nahm die Verfolgung der Täter auf, die jedoch erfolglos blieb.

Einer von ihnen ist offenbar durch die Schüsse der Beamten verletzt worden, denn es wurden Blutspuren gefunden. Drei von den Tätern weggeordnete Säcke mit Zigaretten, die aus einem Einbruch in ein Tabakwarengeschäft stammen, wurden sichergestellt und außerdem eine Wintertasche mit Einbrecherwerkzeug beschlagnahmt.

Gleiwitz. Zuchthausstrafe für Ausschreitungen gegen einen Polizeibeamten. Das Sondergericht Gleiwitz verurteilte einen gewissen Kossok aus Gleiwitz zu einem Jahr Zuchthaus, während zwei Mitangeklagte freigesprochen wurden und einer mit einer geringen Geldstrafe davonkam. Nach einem Tanzvergnügen in der „Neuen Welt“ hatte einer der Angeklagten in angekränkeltem Zustand Zivilpersonen angerempelt und beschimpft, worauf es zu Tätlichkeiten kam. Kossok eilte dem Unruhstifter zu Hilfe. Bei der Siftierung durch einen Polizeibeamten griff Kossok den Beamten tödlich an.

Kattowitz. Polizei zerstückt Notstände der Arbeitslosen. In den Ortschaften Boguschnitz, Eichenau, Jofesdorf und Schoppinitz hat die Polizei energische Maßnahmen gegen die von den Arbeitslosen errichteten Notstände unternommen, und zwar wurden die Stände mit Dynamit gesprengt. Tausende von Arbeitslosen sahen von weitem mit Erbitterung diesen Vorgängen zu. Den Arbeitslosen wurde dadurch die letzte Verdienstmöglichkeit genommen.

Aus der Umgebung

In einem Strohhöcker verbrannt auf einer Feldmark bei Rantau

Auf der Feldmark Krosau bei Rantau brannte ein Strohhöcker nieder. Als bei den Löscharbeiten das Stroh auseinandergehoben wurde, stieß man auf die völlig verkohlte Leiche eines Mannes, dessen Personalien noch nicht festgestellt werden konnten. Die Leiche ist fast reiflos verbrannt. Man fand bei dem Toten eine silberne Perrenuhr, 3,96 Mark Kleingeld sowie einige Zähne eines künstlichen Gebisses vor. In der näheren und weiteren Umgebung wird eine Person, die mit dem Toten personengleich sein könnte, nicht vermisst. Ein Vorgangshaus in der Nähe der Brandstelle ist kurze Zeit vor dem Ausbruch des Brandes von einem etwa 50 bis 55 Jahre alten Mann aufgelockt worden, der möglicherweise mit dem Toten identisch ist. Er trug einen Pelourkut, dunklen Anzug, auffallend langes Jackett, kurzgeschorenes, braun melleres Haar und englisch gestuhten Schnurrbart. Der Unbekannte hatte kurzes, volles Gesicht und machte den Eindruck eines dem Mittelstand angehörenden Mannes. Er soll sehr wortfroh gewesen sein. Bei seinem Weggang aus dem Gasthaus soll er seinen Weg in Richtung des Strohhockers genommen haben. Nach den bisherigen Ermittlungen dürfte das Feuer durch einen Unglücksfall, evtl. durch eine brennende Zigarre entstanden sein. Auch Selbstmord unter gleichzeitiger Inbrandsetzung des Strohhockers ist nicht ausgeschlossen. Zweckdienliche Angaben, die zu Ermittlungen des unbekannteren Toten führen, erbittet die Landeskriminalstelle in Breslau.

Stabelwitz. Alles kurz und klein gelassen hat der Nazi Martin Kirchner am Dienstag nachmittag in der Wohnung seiner Mutter. In betrunkenem Zustand larmte er erst bei sich zu Hause, was ihm die Wirtin verbat. Er ging darauf zur Mutter, bei der ein Bruder wohnt, der unserer Partei angehört. Er schimpfte über die „roten Hunde“, und als er darauf aus der Wohnung befördert wurde, schlug er das Fenster ein und drang durch dieses wieder in die Wohnung. Er schlug auf Mutter, Bruder und Schwester ein, demolierte Mobilia, und als die Polizei gerufen wurde, setzte er sich gegen diese mit Gewalttaten zur Wehr. Die Polizei brachte ihn schließlich mit einem Auto zur Kasse.

Breslau. Wichtige Frauenversammlung. Am Freitag, 30. September, 20 Uhr, findet bei Rende eine Frauenversammlung statt (Lichtbildervortrag). Gäste sind herzlich willkommen.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
Sekretariat: Margaretenstr. 12, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 120-121
Telephon 59060, 59061
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-13 u. 16-18 Uhr

Achtung, Ortsgruppenführer!

Sonntag, den 2. Oktober 1932, vormittags 9,30 Uhr, findet im Zimmer 12/14 des Gewerkschaftshauses eine

Erweiterte Parteivorstandssitzung

des Unterbezirks Breslau-Land-Neumarkt-Nimptsch statt. Wir erwarten, daß alle Ortsgruppen vertreten sind.

Neumarkt. Sonnabend, den 1. Oktober, findet im „Gelben Löwen“ um 20 Uhr eine Mitgliederversammlung statt. Kein Mitglied darf fehlen.

Sacrau. Sonnabend, den 1. Oktober, 20 Uhr: Mitgliederversammlung bei Köhnisch. Redner ist Genosse Gab W. Lippmann-Breslau.

Wagnern. Sonnabend, den 1. Oktober, 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Schiffer. Alles muß erscheinen.

Marzschwitz. Donnerstag, den 29. September, 20 Uhr, bei Hilfe Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Schiffer.

Kanfern. Freitag, den 30. September, bei Seidel: Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Schiffer.

Meiner werten Kundschaft zur gefälligen Kenntnis

Der hohen Feiertage wegen bleibt mein Geschäft am Sonnabend, den 1. Oktober geschlossen

Ich bitte die verehrte Kundschaft, dies bei Ihren Einkäufen zu berücksichtigen

L. Prager

Spezialhaus für

Herren- u. Knabenbekleidung

Breslau, Albrechtstraße 51

Eingang nur links Schuhbrücke

Die große Funkillustrierte für das schaffende Volk

VOLKSFUNK

Reich illustrierter Textteil mit großem Europaprogramm

VOLKSFUNK

Erscheint wöchentlich, 48 Seiten stark, in Kupfertiefdruck

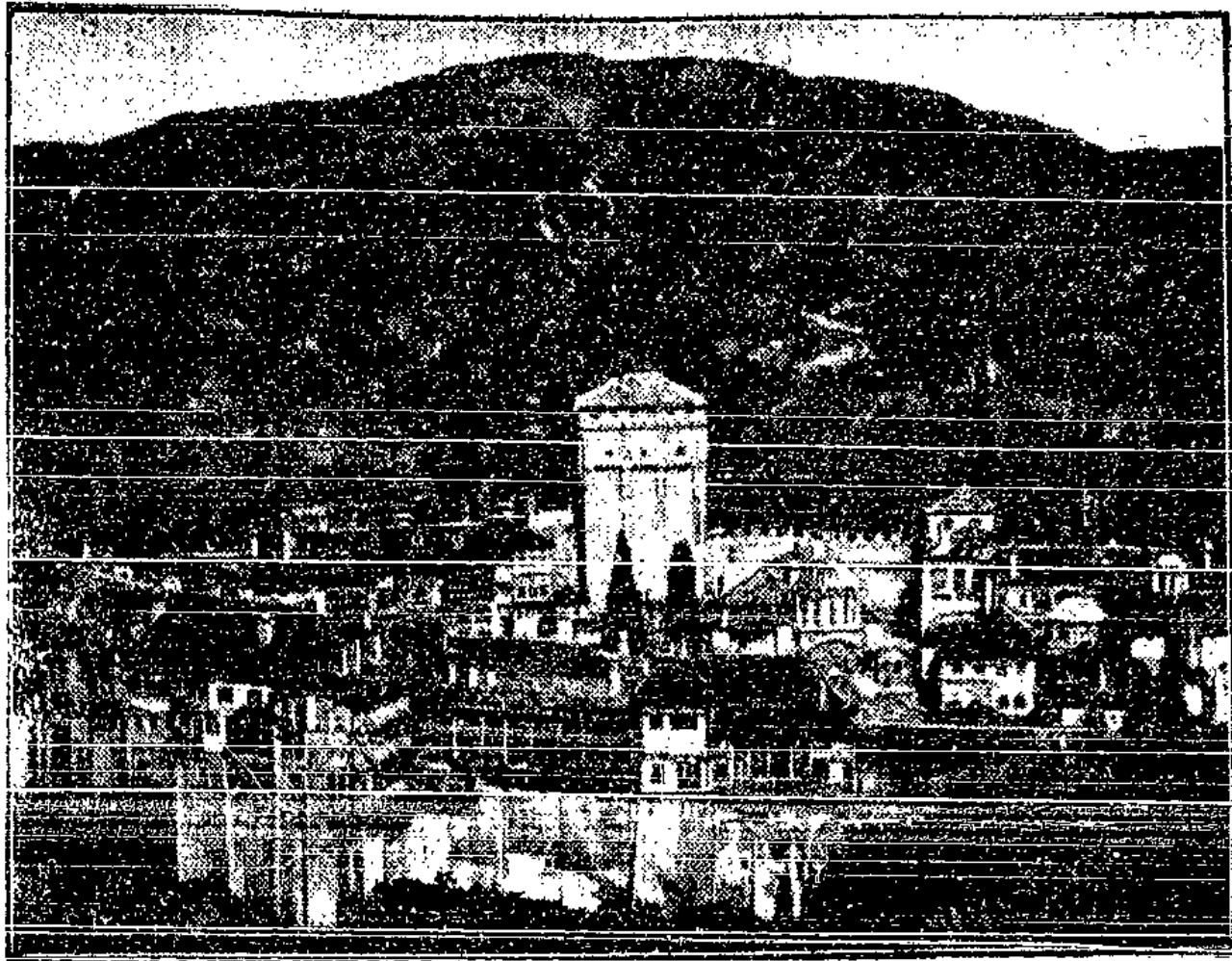
VOLKSFUNK

Einzelnummer 25 Pf., monatlich 96 Pf. einschließl. Bestelgeld

Bestellungen bei den Zeitungsträgern

Das Erdbebenunglück in Griechenland

Eine Insel im Meer verschwunden



Chalkidiki am Athos

Fortwährend laufen noch schreckliche Einzelheiten von dem Erdbebenunglück von Chalkidiki ein. 23 Ortschaften sind schwer beschädigt. Die Verbindungen zum Berg Athos sind unterbrochen. Ueber das Schicksal des historischen Klosters ist man noch im Ungewissen. Im gesamten Erdbebengebiet wurden bisher 200 Tote gezählt. In vier Dörfern, die mit am meisten betroffen wurden, sind 1760 Häuser vollkommen zerstört worden. 1145 sind vorläufig unbewohnbar.

Die der Halbinsel Chalkidiki vorgelagerte kleine Insel Amogiani ist während der griechischen Erdbebenkatastrophe vollständig im Meer verschwunden. Die Insel war von

etwa 700 Personen besiedelt; es ist fraglich, ob sich alle rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten. Insgesamt rechnet man damit, daß bei dem Erdbeben, das auch in der Gegend des Athosgebirges starke Verwüstungen anrichtete, etwa 10 000 Menschen obdachlos wurden.

Der französische Ministerpräsident hat Ministerpräsident Benizelos 50 000 Francs als persönlichen Beitrag zur Unterstützung der Opfer des Erdbebens in Chalkidiki übergeben. Alle verfügbaren Schiffe der englischen Mittelmeerflotte, die auf der Höhe von Zephyros anker, haben Befehl erhalten, sich zur Hilfeleistung zur Verfügung zu stellen.

Frankreich vor der Krise?

Notizen von einer Herbstreise 1932 — Gespräche mit Bürgern, Bauern und Soldaten

In einem kleinen Städtchen in der Bretagne ging ich abends mit neugewonnenen französischen Freunden, braven Beamtenfamilien, im Garten des Bürgermeistershauses spazieren. Die Franzosen lachen, erzählen und singen viel — zur Zeit übrigens ausschließlich deutsche Tonfilmschlager. ... Plötzlich taucht aus dem Halbdunkel ein Geschützrohr auf. Eine Kanone aus dem letzten Krieg steht mitten auf dem gepflegten Rasen. Mit einem Schlag zerfällt die vergnügte Stimmung. Die Franzosen lachen verlegen: „Ach was, so eine alte Kanone, die kann ja doch nicht mehr schießen.“ Aber unmittelbar darauf folgt die Frage, die ich überall und immer in Frankreich hörte, und die den Franzosen mehr zu interessieren scheint als alles andere: „Wie denkt man im Reich über den Krieg?“

Ein Offizier, den ich unterwegs traf, kam gerade aus dem Militärdienst. Er erzählte von den Instruktionsstunden. „Wir haben Kanonen, Flugzeuge, Gas“, hatte der Feldwebel immer wieder gesagt, „aber merkt euch: die Vögel haben noch größere Kanonen und Flugzeuge, noch stärkere Tanks, noch gefährlichere Gas.“ Weiß man es drüber nicht besser? Oder gehört diese merkwürdige „Warnung“ zum System des französischen Militarismus?

Der Franzose — das empfindet der Deutsche sofort — hat Angst. Beklemmende Angst davor, es könnte noch einmal so kommen wie vor achtzehn Jahren. Es ist nicht allein die Angst des friablebenden französischen Bürgers vor dem Begriff Krieg — es ist auch die Angst des Kleinbürgers vor jedem unumwandelbaren Ereignis, das ihn aus der gewohnten Bahn werfen könnte. Ein solches Naturereignis ist auch — die Krise.

Man spricht in Frankreich viel von der Krise. Man glaubt, sie sei schon im Lande. Aber als ich gelegentlich die Zahl der deutschen Arbeitslosen nannte, gab es entsetzte Gesichter. Das also ist möglich? Das ist erst „Krise“?

Frankreich hat sich bisher verzweifelt zu wehren vermocht; die Preise werden künstlich weit über dem Weltmarktstandard gehalten. Frankreich ist heute eines der teuersten Länder. Aber es ist zu befürchten, daß dieser Zustand nicht von Dauer sein kann; daß es eine Macht der Welt gibt, die Frankreich vor den Lebensbedingungen des kapitalistischen Systems zu bewahren vermöchte; daß es nur eine Frage der Zeit ist, wann das Unheil den Rhein überschreiten wird!

Ich sprach mit einem Landarbeiter. Er kam gerade von seiner letzten Dienststelle bei einem Bauer in Lothringen. „Er hat mir meinen Lohn nicht auszahlen können. Er verbrach, ihn mir zu schicken, wenn er seine letzte Kuh verkauft hat. Ich habe mehr Geld in der Tasche als er... Die französischen Bauern sind fürchterlich verschuldet. Die zwei letzten Jahre waren miserabel. Jetzt können sie weder Zinsen noch Schulden abzahlen. Das nächste Jahr wird furchtbar werden...“

Die Abneigung des Durchschnittsfranzosen, sich mehr als dringend nötig über die Dinge außerhalb seines Landes zu informieren, ist schuld daran, wenn es für ihn ein desto höheres Erwachen geben wird. Vorläufig schiebt noch alles so schön rubig und geordnet aus. Gewiß, es gibt eine Million Arbeitslose. Aber man spürt nicht viel von ihnen. Gewiß, fast die gesamte Industrie hat die Kurzwache eingeführt; da die Arbeit nicht für alle reicht, wird sie eben gestreckt: mehr als fünf Tage in der Woche wird an kaum einer der großen Produktionsstätten gearbeitet. Vielfach hat man sogar die Vier- und Dreitagewache eingeführt. Die Millionenzahl dieser „heimlichen Arbeitslosen“ nennt keine Statistik.

Über das verminderte Einkommen der Massen beginnt sich auf den gesamten Geldumlauf auszuwirken. Dazu kommt das Ausbleiben des gewohnten Fremden-

stroms, das sich besonders in diesem Sommer zu einer Katastrophe für die Bergbauindustrie ausgewachsen hat. Auf dem Montmartre, dem Wallfahrtsort der Engländer und Amerikaner, gähnen die leeren Lokale um die Wette mit den unbeschäftigten Kellnern. Vor den offenen Kabarettis stehen die Parlier und hören sich über unbesetzte Tische hinweg gratis die Chansons an...

Unterkenntnis über die wirklichen Verhältnisse im heutigen Deutschland ist überall anzutreffen. Daß der Franzose unser politisches Chaos nicht zu übersehen vermag, wird ihm niemand verübeln; aber auch über die Ausmaße der Wirtschaftskrise in Deutschland hat man drüben keinen Begriff. Das mag Einiges von der Einstellung der französischen Politik Deutschland gegenüber erklären. Man überhastet die eigenen Sorgen und unterschätzt die des Nachbarn.

Die Liebe des Sohnes

Ein Landwirt in Kremik (Ostpreußen) wurde wegen Brandstiftung zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Jetzt gestand die 75jährige Mutter des Verurteilten ihre Täterschaft.

Die japanischen Pazifik-Flieger gefunden

Das amerikanische Marineamt erhielt von der Funkstation St. Paul (Alaska) einen aufgefangenen Funkpruch der japanischen Radiostation Oshishi, demzufolge die japanischen Pazifik-Flieger, die seit einigen Tagen vermisst waren, sich am Waniamu-Fluß (Alaska) befinden, von wo sie um Hilfe signalisieren.

König Dickerle und sein Gönnerchen

Von G. Th. Kotman



47. Erschreckt guckte Pierewitt auf; ein komisches Tier, welches er noch nie gesehen hatte, hob seinen Kopf aus einem Erdhaufen vor ihm. „Ich bin Grimmbart, der Dachs. Ich höre dich unter der Erde schon weinen, und da dachte ich, du wilst doch mal oben nachsehen. Tritt näher!“ — Auf Händen und Füßen kroch Pierewitt in den Gang hinein. Beim Dachs war's warm und gemütlich, und Pierewitt fühlte sich schnell zu Hause.

Warum kamen sie zurück?

Nachdem erst vor einigen Tagen bei Tiflis der wegen der politischen Bluttat in Röntgenal nach Rußland geflüchtete Kommunist Kunert festgenommen wurde, als er im Begriff war, wieder nach Deutschland zurückzukehren, hat die politische Polizei gestern vormittag den 27jährigen Kommunisten Walter Guhl in Neufölln verhaftet, der gleichfalls nach einem am 15. Oktober vorigen Jahres verübten politischen Ueberfall auf ein nationalsozialistisches Verkehrslokal nach Rußland geflüchtet war und erst vor einigen Tagen nach Deutschland zurückgekehrt ist.

Anscheinend haben sie in Rußland nicht die Verhältnisse oder die Aufnahme gefunden, die sie erhofft hatten, denn sonst wären sie wohl kaum zurückgekehrt.

Der Seherling als Räuber

Das Münchener Jugendgericht verurteilte gestern den 17jährigen Eisendreherseherling Schlicht wegen Verbrechen der Körperverletzung mit tödlichem Ausgang und wegen besonders schweren Raubes zu fünf Jahren Gefängnis. Schlicht hatte in der Nacht zum 2. Juli v. J. im Englischen Garten in München den Kaufmann Broer getötet und beraubt und eine Beute von 800 Mark gemacht.

Mord an einem Greifenpaar

In einem westfranzösischen Dorf sind zwei sechzigjährige Eheleute in der Nacht von Unbekannten ermordet und ihrer Ersparnisse beraubt worden. Um die Spuren ihrer Tat zu verwischen, zündeten die Mörder das Haus an. Das Feuer schwelte aber nur unter Entwicklung starken Rauches, der von Nachbarn am Morgen bemerkt wurde. Als man in das Haus eindrang, fand man die beiden alten Leute in großen Blutlachen tot auf dem Fußboden ihres Schlafzimmers auf.

Das Elektrizitätswerk in Brüssel zerstört

Die Stromversorgung der Stadt vollkommen stillgelegt. Das Elektrizitätswerk in Brüssel ist durch einen Kabelbrand zerstört worden. Der Brand entstand in den Leitungsanlagen des Hauptsaales und breitete sich mit solcher Schnelligkeit aus, daß die Belegschaft eben noch Zeit hatte, sich Hals über Kopf in Sicherheit zu bringen. Die gesamten Anlagen mit ihren großen Turbinen sind vollständig vernichtet. Nur ein Nebenwerk mit einer Leistung von 36 000 PS konnte gerettet werden. Die Kraftversorgung der gesamten Stadt wurde damit zunächst stillgelegt. Ein Arbeiter hat schwere Brandwunden erlitten. Riesige Menschenmassen beobachteten die Katastrophe von den Ufern eines in der Nähe vorbeifließenden Kanals aus.

In Ermangelung von Strom sind die gestrigen Abendblätter mit Ausnahme des „Soir“ nachmittags um 5 Uhr nicht erschienen. Gegen 6 Uhr nachmittags setzte die Versorgung mit elektrischem Strom wieder ein, nachdem die Erzeugung von Strom in beschränktem Umfang wieder möglich geworden war.

Das Tornadounglück in Portorico

200 Tote, 1000 Verletzte. Bei der Wirbelsturmkatastrophe, durch die Portorico (östlichste Insel der großen Antillen) heimgesucht wurde, sind etwa 200 Menschen ums Leben gekommen; außerdem dürften etwa 1000 Personen verletzt worden sein. Die Telefon- und Telegraphenverbindungen sind in den am schwersten betroffenen Gebieten zum größten Teil zerstört; da infolgedessen mit einer Anzahl von Dörfern im Innern der Insel keine Verbindung hergestellt werden kann, ist der tatsächliche Umfang der Katastrophe noch nicht zu übersehen. Die Städte, über die der Sturm seinen grauenvollen Weg nahm, bilden ein Chaos von Steinen; die Felder sind durchwühlt, ihre Früchte dem Boden entzissen und zerfetzt. Die gesamte Ernte ist vernichtet. Die Hauptstadt der Insel bietet den Anblick vollkommener Zerstörung. Die Stadt ist ohne Wasser, Licht und Fernsprekbetrieb. Die Dächer der Lagerhäuser sind fortgetragen, die Warenlager sind durch die Wellenbrüche stark beschädigt. Die Instrumente des Meteorologischen Büros sind durch den starken Sturm weggeführt worden, das Büro selbst ist vollkommen überschwemmt. Die Hilfeleistung ist organisiert worden von Schulen und Kirchen, die in Lager für die Obdachlosen umgebildet worden sind. Das amerikanische Rote Kreuz schickt Zucker, Kleider und Medikamente durch ein Kriegsschiff. Ebenso nehmen die Armee und die Marine der Vereinigten Staaten an der Hilfeleistung teil. Gefangene unterstützen die Bürgergarde in der Arbeit zum Kreimachen der zerstörten Straßen.

Der Wirbelsturm, der Portorico verheert hat, hat inzwischen San Pedro de Macoris im Süden der Insel Haiti heimgesucht. Alle Vorsichtsmaßregeln sind dort ergriffen worden.



48. „Was ist das?“ fragte er, als der Dachs seine Zeitung las, und er zeigte mit dem Finger auf ein kleines Fernglas, welches an einem langen Rohr, das an der Decke hing, befestigt war. „Oh, das ist mein Fernglas“, sagte Grimmbart. Ueber Tag kann ich dadurch sehen, wer hier oben herumläuft; denn ich habe viele Feinde!“

Rückblick auf Genf

Vierzigstundentkonvention

Der Ausgang der Sondertagung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes, die den Weg zu einer internationalen Arbeitszeitverkürzung freimachen sollte, hat nicht das gebracht, was die Arbeiterschaft von ihr erwartete. Nach langen und schweren Kämpfen war es in Genf der Arbeitergruppe gelungen, wenigstens bis zu einem gewissen Grad den Widerstand der Regierungen und auch eines Teils der Arbeitgeber gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit zu überwinden. Die Arbeitergruppe forderte jedoch in ihrer Entschließung zur Arbeitszeitfrage, die im April von der Arbeitskonferenz angenommen wurde, dringend eine internationale Regelung der Vierzigstundentwoche, und der Vertreter der italienischen Regierung im Verwaltungsrat war, nachdem auch der jaskijische Korporationsrat erkannt hatte, daß das Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt nur durch eine Verkürzung der Arbeitszeit wiederhergestellt werden kann, beauftragt worden, eine Sondertagung zur beschleunigten Verabschiedung internationaler Arbeitszeitereinbarungen mit dem Ziel der Vierzigstundentwoche oder noch kürzerer Arbeitszeit zu beantragen.

In dem italienischen Antrag, der im Verein mit der Entschließung der Arbeitergruppe auf der 16. Internationalen Arbeitskonferenz zu der nunmehr beendeten Sondertagung des Verwaltungsrates gefaßt hat, wird auch darauf hingewiesen, daß die internationale Arbeitsorganisation die Pflicht habe, der Anfang des nächsten Jahres in Genf zusammen tretenden Weltwirtschaftskonferenz geeignete Vorschläge über eine allgemeine internationale Arbeitszeitverkürzung rechtzeitig zu unterbreiten. Die Sondertagung des Verwaltungsrates hat nun beschlossen, eine technische Konferenz zur Beratung dieser Frage einzuberufen, die im nächsten Januar in Genf zusammen treten soll, und im Oktober wird der Verwaltungsrat in Madrid darüber Beschluß fassen, ob die Frage der Arbeitszeitverkürzung auf die Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz von 1933 gesetzt werden soll.

Dieses Verfahren bedeutet wohl eine Beschleunigung im Hinblick auf die Geschäftsordnungsmäßigen Vorschriften der Internationalen Arbeitskonferenz, es genügt jedoch nicht im Hinblick auf die Dringlichkeit der Problemlösung. Angesichts der Härtnähe der Krise und der Besorgnisse, mit denen man in allen industriellen Ländern dem kommenden Winter entgegen sieht, wäre eine sofortige konkrete Lösung erwünscht gewesen.

Die internationalen Schwierigkeiten sollen nicht verkannt werden. Aber so, wie die Dinge liegen, ist vor dem nächsten Sommer mit der Verabschiedung einer Vierzigstundentkonvention nicht zu rechnen. Die im Januar stattfindende technische Konferenz kann wohl Vorschläge formulieren, die der Weltwirtschaftskonferenz unterbreitet werden können. Gegebenenfalls werden auch solche formulierten Vorschläge den Regierungen übermittelt, damit sie für zwei- oder mehrseitige Verträge auf dem Gebiet der Arbeitszeit entweder generell oder industrieweise als Unterlage dienen. Aber davon abgesehen, wird erst ein von der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenes Übereinkommen die Rechtsnorm für die internationale Gültigkeit der Vierzigstundentwoche aufstellen können.

Der Plan, keine besondere Internationale Arbeitskonferenz einzuberufen, sondern die Frage eventuell auf zwei aufeinanderfolgenden Lesungen in der nächsten Internationalen Arbeitskonferenz zu verabschieden, geht vom Internationalen Arbeitsamt aus. Maßgeblich sind dabei vor allen Dingen budgetäre

Gründe. Andererseits ist aber nicht zu verkennen, daß das Internationale Arbeitsamt auf ein vorsichtiges und weniger stürmisches Vorgehen in dieser Frage Wert legt. Nach den Erfahrungen, die das Amt bisher mit dem Arbeitszeitübereinkommen gemacht hat, ist diese Haltung verständlich. Wenn hier Vorwürfe am Platze sind, dann müssen sie an die richtige Adresse gerichtet werden, d. h. nicht an das Amt, sondern an die Regierungen, die auf den Internationalen Arbeitskonferenzen den internationalen Übereinkommen über den Achtstundentag in gewerblichen Betrieben, im Handel und in den Büros sowie einem internationalen Übereinkommen über die Arbeitszeit im Kohlenbergbau ihre Zustimmung gaben, nachher aber nicht ratifizierten. Der Antrag des französischen Regierungsvorstehers auf der Sondertagung des Verwaltungsrates, die Regierungen aufzufordern, zunächst einmal die bestehenden Übereinkommen zu ratifizieren ohne Rücksicht auf die weiter zu verfolgende Verkürzung der Arbeitszeit, war daher durchaus am Platze. Die Praxis hat gezeigt und zeigt es täglich mehr, daß die besten internationalen Übereinkommen, die in Genf verabschiedet werden, nichts nützen, wenn in den einzelnen Ländern die Regierungen von ihren Arbeitern nicht unter Druck gesetzt werden, damit die internationalen Beschlüsse auch zum Gesetz erhoben werden.

Wir brauchen die Vierzigstundentwoche. Es genügt aber nicht, daß eine Vierzigstundentkonvention auf dem Papier steht. Die Vierzigstundentkonvention soll Wirklichkeit werden, und wir brauchen sie dringend. Wir bekommen sie aber nie, wenn in Deutschland die Regierung der Barone am Ruder bleibt. Eine Regierung, die den deutschen Arbeiter auf das Niveau eines Kuli herunterdrückt, gibt den Scharfmachern im Ausland nur die Möglichkeit, unter Hinweis auf die Erziehung der Konkurrenz durch Deutschland zusammen mit den deutschen Scharfmachern jeden sozialen Fortschritt zu unterbinden. Eine Politik, die den Arbeiter hilft, kann nur von den Arbeitern gemacht werden. Also muß der Arbeiter dafür sorgen, daß die organisierte Macht der Arbeiter im Staat wieder zu Einfluß kommt.

Der Kampf um die Vierzigstundentwoche

hat in Holland eine Verschärfung erfahren. Der Niederländische Arbeitgeberverband hat sich auf seiner Generalversammlung in Belsen (Nordholland) gegen die Vierzigstundentwoche ausgesprochen mit der merkwürdigen Begründung, daß selbst die Achtundvierzigstundentwoche noch nicht einmal in allen mit Holland konkurrierenden Ländern eingeführt sei. Der Vorsitzende des Verbandes erklärte, man müsse dem sogenannten Lu s w e c h l u n g s s y s t e m, wonach bestimmte Arbeitergruppen einander im Betrieb sich zeitweilig ablösen, den Vorzug geben. Im übrigen sei die Arbeitslosigkeit in Holland noch nicht so drüden als in anderen Ländern; sie betrage nur 34 Prozent gegen 9 Prozent in Deutschland und 10 Prozent in den Vereinigten Staaten.

In einem Bericht der „India Tire, Rubber & Co.“ an das amerikanische Regierungsamts für Arbeitsstatistik wird mitgeteilt, daß die privaten Betriebe in einer bestimmten Abteilung eingeführte Sechsstundentage nicht voll aufbewahrt habe. Die Produktion sei verbessert, in finanzieller Hinsicht seien Entparnisse erzielt worden. Man habe beschlossen, den Sechstundentag auch auf die anderen Abteilungen des Unternehmens auszudehnen. In dem Bericht heißt es zum Schluß: „Wir haben es unterlassen, auf die soziologischen Vorteile verkürzter Arbeitszeit und der Einstellung von neuen Arbeitskräften einzugehen. Dies ist in anderen Artikeln getan worden. Unsere Erfahrungen bestätigen alle diese Vorteile. Alles in allem kann gesagt werden, daß die neue Arbeitsmethode wirtschaftlich durchaus gesund und tragbar ist.“

Moratorium für die Landwirtschaft

Neue Subventionen bei leeren Kassen

Die von der Reichsregierung angekündigte neue Zinsregelung für landwirtschaftliche Schulden läuft darauf hinaus, daß eine zwangsweise Zinsstundung eintritt. Damit ist die zwangswelche Zinsstundung, die von den Agrariern verlangt, aber von sämtlichen Sachverständigen abgelehnt wurde, fallengelassen worden.

Auch bei diesem Teil der kommenden Anordnungen stehen die Einzelheiten keineswegs fest. Bisher wurde von der Regierung nur mitgeteilt, daß die Zinsen für landwirtschaftliche Hypotheken zwangsweise für die nächsten zwei Jahre um 2 Prozent jährlich herabgesetzt werden sollen. Man will die Zinsen aber gleichzeitig an das Kapital anknüpfen, und zwar in der Art, daß das geschuldete Hypothekens Kapital von 100 auf 104 Prozent anwächst. Aber die zusätzlichen 4 Prozent Kapitalschuld werden nicht verzinst und sind — bei zurückzahlbaren Hypotheken, den sogenannten Kapitalhypotheken — nur dann voll zurückzahlen, wenn die Hypotheken erst ab 1940 fällig bzw. zurückverlangt werden. Bei früheren Fälligkeiten oder bei Kündigung tritt eine Ermäßigung oder gar ein Wegfall der Rückzahlung ein.

Es wird aber nicht nur ein Teil der Verzinsung gestundet, sondern bei den erwähnten Kapitalhypotheken auch die Rückzahlung, falls die Hypotheken bis zum 1. April 1936 fällig werden. Das bedeutet nichts anderes, als ein Moratorium von 3½ Jahren für landwirtschaftliche Hypotheken. In der Rede des Reichsernährungsministers, Freiherrn von Braun, in München, wurde der Öffentlichkeit dieses weitgehende Moratorium unterzogen. Erst später erfährt man davon. Die Regierung scheint der Auffassung zu sein, daß es besser ist, der Öffentlichkeit schuldweise beizubringen, wie umfangreich die neue Subvention an die Landwirtschaft ausgefallen ist. Die Art, wie heute wichtiges geheimeres Alle dem Volke mitgeteilt werden, ist auch ein Stück der „grundrüttelnden neuen Staatsführung.“

Wenn man jemandem etwas schenkt, muß immer einer da sein, der das Geschenk bezahlt. Bei dem Moratorium für die Landwirtschaft ist es nicht anders. Die Regierung hat die Schuld

den Zinsverlust, der immerhin zunächst einmal eintritt, tragen sollen. Auch hier ist ein Punkt in der Ankündigung der Reichsregierung, der, wie so viele andere, nicht geklärt ist. Soviel steht fest, daß die privaten Gelder den Verlust selbst tragen müssen. Sie haben sich damit abgefunden, daß die vertraglich vereinbarten Zinsen zum zweiten Male herabgesetzt werden. Das gleiche gilt für diejenigen Hypothekenbanken, bei denen der Anteil der landwirtschaftlichen Kredite am Hypothekensbestand unter 10 Prozent liegt. Den übrigen Hypothekenbanken wird eine finanzielle Hilfe vom Reich zugesagt, wahrscheinlich in der Form, daß das Reich ihnen in entsprechender Höhe unverzinsliche Schuldverleihungen abnimmt.

In diesem Zusammenhang wird die Frage brennend, woher das Reich das Geld nehmen will, das die ganze Transaktion erfordert. Wenn es heißt, die Geldgeber der Landwirtschaft müssen eine zweite Zinsstundung in Kauf nehmen, dann muß man auch daran denken, daß diese Geldgeber keineswegs mit irrtümlichen Gütern überschüttet sind. Diese Geldgeber setzen sich aus Sparern im deutschen Volke zusammen, die den Ertrag ihrer Arbeit in Pfandbriefen lieber anzulegen glaubten, um für das Alter etwas zu haben. Zu diesen Geldgebern gehören auch die Sparkassen mit ihren vielen Einlegern. Hier liegen die Dinge wohl so, daß die Sparkassen zu den Instituten mit unter 10 Prozent landwirtschaftlichem Hypothekensbestand zu rechnen sind. Ihnen kommt die verheißene Reichshilfe nicht zugute. Sie, die gerade die kleinen Sparer betreuen, müssen sehen, wie sie mit den verminderten Zinsleistungen auskommen. Die Regelung ist schon mehr als rigoros.

Der wunde Punkt in dem Moratoriumsprojekt sind wohl die Landwirte. Bei ihnen wird die vom Reich angekündigte Hilfsaktion gar nicht genügen, um sie insstand zu setzen, ihren Verpflichtungen gegenüber den Pfandbriefgläubigern nachzukommen. Hier werden wohl auch die Pfandbriefbesitzer daran glauben müssen, während sie in allen übrigen Fällen ungeschädigt bleiben.

Lohnkampf in der schlesischen Textilindustrie beendet

Die Lohnsätze auf unbestimmte Zeit verlängert

Der Lohnkampf in der schlesischen Textilindustrie, soweit die großen Bezirksgruppen Breslau, Görlitz, Grünberg, Landeshaun, Landau und Reichenbach in Frage kommen, ist am gestrigen Tage durch einen Neuausschluß beendet worden.

Die zum Ablauf des Monats September 1932 aufgeschickten Lohnsätzverträge für die vorbezeichneten Bezirksgruppen sind auf unbestimmte Zeit verlängert worden; sie können mit einer Kündigungfrist von vier Wochen erstmalig zum 31. Dezember 1932 angekündigt werden.

Beschärfter Streit bei Scherl

Der Streit in der Berliner Scherl-Druckerei hat sich am Mittwoch verschärft. Im Laufe des Tages haben sich die Betriebsarbeiter und die Hilfsarbeiter der Buchdruckerei dem Streik angeschlossen. Von dem Konflikt werden gegenwärtig etwa 1100 Personen erfaßt.

Was man sich alles erlaubt

Einseitige Verfügungen gegen Streikende

In der Weissenheller Schuhindustrie war dieser Tage ein Streit ausgebrochen, der nachträglich von den freien und christlichen Gewerkschaften sanktioniert wurde. Die Arbeitgeber erzwangen darauf beim Amtsgericht eine Einseitige Verfügung, in der die Gewerkschaften aufgefordert werden, den Streik abzubrechen, öffentliche Kundgebungen zu vermeiden, den Streikenden keinerlei Unterstützung zu gewähren und mit allen Mitteln ihre Mitglieder zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen. Für den Fall der Zuwiderhandlung wird jede Gewerkschaft für jeden Einzelfall mit einer Geldstrafe von 2000 Mark bedroht. Das ist eine Einmischung in einen Arbeitskampf, die keinerlei rechtliche Basis hat und deshalb sofort angefochten werden wird.

Frankeits Arbeitslosigkeit. Die am 17. September abgeschlossene Statistik über die Zahl der behördlich ermittelten arbeitslosen in Frankreich ergab 262.100 Arbeitslose, von denen 191.400 Männer und 70.700 Frauen sind. Gegenüber der Vorwoche hat demnach die Zahl der Erwerbslosen um 878 Personen abgenommen.

Empörung der städtischen Arbeiter über den geplanten neuen Lohnabzug

In einer Sitzung, welche am 26. September 1932 auf Verlangen der Betriebsratsvorsitzenden der städtischen Betriebe vom Gesamtbetriebsrat beim Magistrat Breslau einberufen wurde, wurde Stellung genommen zum Lohnabzug, welcher am 1. Oktober eintreten wird. Nach erläuternden Worten des Gesamtbetriebsratsvorsitzenden über den geplanten Lohnabzug, welchen der Magistrat Breslau an städtischen Arbeiterlöhnen vornehmen will auf Weisung der Reichsregierung, trat man in die Debatte ein. Von seiten des Gesamtverbandes schilderte Kollege Blank die Schritte, die von der Gewerkschaft bisher unternommen wurden, um den Abzug zu verhindern. Die einzelnen Betriebsratsvorsitzenden schilderten an Hand von Beispielen das Elend unter der städtischen Arbeiterkraft. Es wurde angeführt, daß im Durchschnitt die Handwerker als die bestbezahlten mit zwei Kindern die Woche 31 Mark verdienen. Nach Abzug von Miete-, Gas- und Stromrechnung, Verband, Versicherung und Zeitung bleiben für die Familie mit zwei Kindern die Woche 15 Mark. Von diesen 15 Mark muß die Ernährung, Bekleidung und Erhaltung der Wirtschaft bestritten werden. In den unteren Schichten wirkt es sich noch katastrophaler aus. Es wurde von den Vorsitzenden die Stimmung der Belegschaft dahin geäußert, daß durch den geringsten Anstieg etwas Platz greifen muß, wo für sie als Betriebsräte die Verantwortung nicht übernehmen können. Folgende Entschließung wurde einstimmig gefaßt:

Die Betriebsratsvorsitzenden sämtlicher städtischen Betriebe haben in einer Sitzung zu der geplanten Restangleichung der Löhne der städtischen Arbeiter auf Grund des § 7 Absatz 4 der zweiten Gehaltsfürsorgeverordnung Stellung genommen. Der Magistrat der Stadt Breslau als Beauftragter der Reichsregierung soll am 1. Oktober diese Angleichung vornehmen. Die Vorsitzenden sind einstimmig zu der Auffassung gekommen, daß ein weiterer Lohnabzug nicht mehr von der städtischen Arbeiterkraft ertragen werden kann. Die verheißenen Lohnkürzungen, welche seit 1. April 1931 stattgefunden haben und bis jetzt 25 Prozent die Stunde inflations 3 Prozent Hausstandszulagen betragen, haben eine Verelendung herbeigeführt, welche bei weiterem Abzug von 6 und 3 Prozent die Stunde zum Zusammenbruch der Haushalte führen muß. Die Folge der schon lange schwebenden Restangleichung hat zu einer steigenden Unruhe in den Betrieben geführt, die durch die letzten Notverordnungen gesteigert und bei Durchführung des drohenden Lohnabzuges zur Explosion führen muß. Niemand kann die Verantwortung dafür übernehmen, daß die Arbeiter gezwungen werden, sich vor weiterer Verelendung zu schützen. Die Auswirkung einer dann unermessbaren Arbeitsniederlegung in den Versorgungsbetrieben der Stadt muß zu unheilvollen Situationen für die städtische Bevölkerung führen.

In Erkenntnis dieser Lage ersuchen die Betriebsratsvorsitzenden, alle maßgebenden Stellen von den geplanten Maßnahmen in dieser politisch und wirtschaftlich bewegten Zeit Abstand zu nehmen.

Wir als die uns verantwortlich Fühlenden warnten in letzter Stunde!

Am das Angestelltengehalt

Ueber die Gehälter der Breslauer Angestellten in Handel und Industrie wurde Dienstag, den 27. September, erfolglos verhandelt. Die Unternehmer liegen zwar, wie uns berichtet wird, durchblicken, daß sie einige ihrer schlimmsten Abbauwünsche fallen lassen wollen. Die den Angestellten zugemuteten Verschlechterungen waren aber derart, daß keine Aussicht besteht, zu einem Abschluß zu kommen. Der Tarifvertrag umfaßt etwa 20.000 Breslauer Angestellte.

Alfa-Ortskartell Breslau

Kollege Dr. Suhr, der Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung des Alfa-Bundes, sprach am Montag im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses vor den Funktionären des Alfa-Ortskartells Breslau über das Thema „Der Kampf gegen die kapitalistische Offensiv“. Der Redner kennzeichnet mit treffenden Worten die wirtschafts- und sozialpolitische Situation in Bayern, Deutschland. Sein mit lebhaftem Beifall aufgenommenem Vortrag klang aus in einer entschlossenen Kampfanlage gegen die sozialreaktionären Maßnahmen einer Regierung, die sich lediglich als Anwalt der Besitzenden fühlt. In der Diskussion sprachen die Kollegen Videmann, Meise, Rosenstein und Treste. Kollege Dr. Suhr forderte in seinem Schlußwort nochmals alle Anwesenden zu härtester Aktivität und Wachsamkeit auf und betonte, daß die Einheit der Arbeiterklasse erstes Gebot der Stunde ist. Mit einem begeistert aufgenommenen „Freiheit“ wurde die gut besuchte Versammlung von dem Kartellvorsitzenden, Kollegen Wachsel, geschlossen.